

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Redaktion und Geschäftsstelle:**  
**Eric Nitzsche, Berlin.**  
**Telefon: Amt Dönitz 4100/4100**



**Abteilung für Verlag und Schriftleitung:**  
**Berlin G 204, Dettl. - Kienast - Platz 6**  
**Telefon: G 204**

Die Zeitung erscheint im Gießertag.  
Der Inhalt ist nur auf Grund freier Redaktionen ohne Rücksicht auf Parteipolitik  
oder sonstigen Interessen, wenn nicht anders bemerkt ist, veröffentlicht.

Berlin, den 17. Nov. 1932.

Papen ade?  
-----

Int. Institut  
Ges. Geschichte  
Amsterdam

**SPD. Die Papen-Barone haben am Donnerstag aus ihrer Niederlage bei der Reichstagswahl endlich die Konsequenzen gezogen. Sie sind zurückgetreten!**

Wie die Göttin der Schönheit und Klugheit dem Haupte des Zeus, so ist an einem schönen Tag des letzten Juni Franz von Papen als Reichskanzler dem Herrenklub entstiegen. Grüss Gott, tritt ein - jubelten die ostelbischen Junker und die Schloßbarone, Hugenberg und Hitler und alles, was seit Jahr und Tag die Reaktion und die Knebelung des Volkes erwartet und vorbereitet hatte. Die gottgewollte, autoritäre Staatsführung war da, und mit ihrer Geburtsanzeige verkündete ihr Führer Papen, dass jetzt die Zeit gekommen sei, "dem Wohlfahrtsstaat ein Ende zu bereiten".

Die erste Notverordnung dieser von Volk und Parlament völlig unabhängiger Regierung schmälerte das jährliche Einkommen der Armen, der Arbeiter und der Arbeitslosen um 1½ Milliarde Mark. Es folgte die Salzsteuer und die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung auf durchschnittlich neun Mark in der Woche und auf den juristischen Anspruch von 6 Wochen. Das war der erste Papenstreich. Der zweite war die "Ankurbelung der Wirtschaft". Zu diesem Zweck wurden noch gar nicht vorhandene Steuereinnahmen bis zum Jahre 1938 an die Reichen verschönt. Dazu Subventionen über Subventionen an die Grossgrundbesitzer und Grossindustriellen, insgesamt 3,3 Milliarden Mark. Aus dem "Wohlfahrtsstaat" der republikanischen und parlamentarischen Regierungen und Vorgänger des Herrn von Papen wurde der Wohlfahrtsstaat der Reichen. Die Autarkie und die Zölle kamen ins Blühen und zur Reife, derart, dass das deutsche Volk jährlich etwa 4 Milliarden Mark mehr an erhöhten Preisen für Lebensmittel den ostelbischen Produzenten in den nimmersatten Rachen werfen muss. Die Politik der Autarkie führte zum Handelskrieg mit allen Abnehmerstaaten deutscher Industrieprodukte. Der deutsche Industrie-Export ist um 60 - 70 % seines früheren Umfangs und Wertes gefallen. Viele Tausende von deutschen bürgerlichen Existenzen sind vernichtet und viele Hunderttausende von Arbeitern liegen über das Mass der Wirtschaftskrise hinaus hungernd auf der Strasse. Das ist das wirtschaftliche Ergebnis von fünf Monaten Papenherrschaft, die ein Blatt wie die "Kölnische Zeitung" bereits am 7. Oktober 1932 als "Amoklauf" bezeichnete, der nur "Scherben und Trümmer" hinterlasse.

Ist es anders in der Aussenpolitik? Selbst das Kaiserliche Deutschland war im August 1914 unter der Herrschaft des "gekrönten Narren von Doorn" nicht so isoliert, wie das Deutschland des Herrn von Papen und der mit Hitlers Hilfe in die Macht gekommenen Nazibarone. Wenn damals die kranke und morsche Türkei oder die bereits halbverfaulte habsburgische Monarchie ihr Schicksal in die deutsche Wagschale geworfen hatten, heute im Handelskrieg und in den aussen

politischen Irrungen und Wirrungen ist auf dem weiten Erdenrund kein Freund und Gönner Deutschlands zu entdecken. Scherben und Trümmer, wohin wir sehen!

Zu Bergen türmen sie sich in der Innenpolitik. Als Herr von Papen seine autoritäre Staatsführung, die Vernichtung der Demokratie und des "Marxismus" verkündete, da hatte er wenigstens noch Beifall der gesamten deutschen Reaktion einschliesslich der Braunen Häuser. Feierlich hatte ihm Hitler die Tolerierung versprochen. Als Gegengabe wurde das SA-Verbot aufgehoben, durften sich die Hitlerbanden mit neuen Tressen schmücken und den Bürgerkrieg beginnen. Wenige Wochen später musste derselbe Papen gegen seine berühmten und vielgeliebten "nationalen und aufbauwilligen Kräfte" die Sondergerichte arbeiten lassen, die dem Vertrauen des Volkes in die Justiz den schwersten Stoss versetzt haben. Was übrig geblieben war an Gefühl und Glaube an das Recht, wurde von der autoritären Regierung selbst verhöhnt. Die Art und Weise, wie dieser vieldeutige Staatsführer und ehemalige Husarenleutnant im Preussenkonflikt das höchste deutsche Gericht behandelt hat, findet in der deutschen Geschichte nicht ihresgleichen. Die Folge dieses 20. Juli? Dass die Mainlinie drohend aufgerichtet worden ist und der Mann, der sich so laut als Nachfolger Bismarcks vorstellte, drauf und dran gewesen ist, das Werk seines Vorgängers von Grund auf zu zerstören!

Aber nicht nur das Werk Bismarcks! Dieses Kabinett der Barone ist im besten Zug siebzig Jahre deutscher Geschichte so auszulöschen, als wären sie umsonst gelebt und alle Opfer und schmerzreiche Erfahrungen nutzlos gewesen. Es ist diese autoritäre Staatsführung, die den deutschen Arbeiter wiederum zu einem Bürger zweiten und dritten Grades erniedrigt und herabgesetzt hat. Mit salbungsvollen, schleimigen und sprachverdrehenden Redensarten, wurde der Kampf gegen die Parteien zum höchsten Staatsprinzip verkündet, als ob die Parteien nicht den Willen, das Wollen und die Wünsche des Volkes, seiner Klassen und seiner Schichten verkörpern würden. "Gegen Parteiegoismus" heisst die hohe Papenphrase, um an Stelle des Parlamentes die Dunkelkammer des Herrenklubs, an Stelle des Volkes eine Handvoll Grossagrarien, Monarchisten und Bank- und Industrieritter zu setzen, denen der Staat als alleinige Domäne überlassen werden soll. Das ist es, was 90 % des Volkes sowohl am 31. Juli wie am 6. November klar erkannt und zum Ausdruck gebracht haben, und alles was Herr von Papen getan und geredet hat, war allein zu dem Zweck, diesen Willen des Volkes hinwegzudiskutieren und auszuradieren. Gegen dieses volksfeindliche und verächtliche Beginnen wendet sich heute der Zorn und die Empörung von 90 % des Volkes und häuft zugleich einen Zündstoff, den niemand übersehen soll der sich anmasset den Namen eines Staatsmannes zu führen. Herr von Papen und seine Barone sind über jedes Gefühl des Volkes für Recht und Gesetz achtlos hinweggestiegen. Sie haben die Freiheit, die soziale und politische Gleichberechtigung der Arbeiterschaft wie einen Fetzen Papier behandelt. Sie haben die Beauftragten und Vertrauensmänner von acht Millionen sozialdemokratischer Wähler wie Verbrecher und Strafgefangene behandelt und damit ein Beispiel gegeben, von dessen Auswirkung und Unheil den Husarenleutnants und Korpsstudenten noch keine Ahnung gedämmert hat. Die autoritäre Regierung fühlt sich als berufener Hüter des Christentums und der Kultur. Der Erfolg: dass alle Schleusen finsterster Reaktion und Unkultur geöffnet sind und dass der Glaube an eine fortschreitende und sittlich gebundene Entwicklung täglich mehr vertrieben wird und dahinschwindet.

"Trümmer und Scherben" - das ist das Fazit dieser Herrschaft der Barone. Darum mussten sie abtreten. Aber noch am Grabe pflanzen sie die Hoffnung auf, dass es für sie eine Wiederkehr gibt. Mögen sie sich nicht täuschen. Um diese Wiederkehr zu verhindern muss uns auch das letzte Mittel recht sein.

SPD. Hamburg, 17. November (Eig. Draht)

In dem Prozess gegen 40 Schleswig-Holsteinische SS-Leute wurden am Donnerstag die Strafanträge gestellt. Es wurden für 22 Angeklagte Zuchthausstrafen und für 3 Gefängnisstrafen gefordert. Acht Angeklagte sollen freigesprochen werden. Das Verfahren gegen die sieben flüchtigen Angeklagten soll abgetrennt werden.

Oberstaatsanwalt Dr. Harrius-Kiel machte in seiner Anklagerede, in der er die rechtliche Seite und die Grundlagen des Prozesses, nach denen die Verurteilung der Angeklagten erfolgen muss, erörterte, zunächst auf den Unterschied der von der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein verübten Bombenattentate und auf die Handgranatenanschläge der SS aufmerksam. Während in den Bombenattentaten von Klaus Heim und Genossen eine Erklärung in den Notzuständen der Landwirtschaft gefunden werden könne, trügen die Attentate der SS einen ausgesprochen politischen Charakter. Zweck und Sinn der Anschläge sei gewesen die politischen Gegner, das Reichsbanner und die Kommunisten, auf die Strasse zu locken und zu Gewalttätigkeiten aufzureizen, um so die nationalsozialistischen Wehrverbände in Aktion setzen zu können. Die Verhandlung und die Untersuchung der Attentate haben schwerwiegende Gründe dafür erbracht, dass die Attentate durch eine der vierten SS-Standarte übergeordnete Stelle befohlen worden seien, wenn auch ein einwandfreier Beweis nicht erbracht werden könne. Die Annahme einer einheitlichen Vorbereitung von einer Zentralstelle aus könne Bestätigung finden durch die in der gleichen Nacht in zahlreichen Städten Deutschlands zur Ausführung gekommenen Handgranatenanschläge. Weiter hätten alle an den Attentaten beteiligten SS-Leute in dem Glauben gehandelt, dass der Einfall der Bombenattentate nicht von Moder stamme sondern dass der Befehl dazu von einer höheren Stelle gekommen sei. Die Erklärung des Standartenführers Moder, dass er auf eigene Faust gehandelt hätte und dass die Attentate nur vorbeugende Massnahmen darstellen sollten, sei völlig unglaubwürdig. Auch den anderen Aussagen der Angeklagten, während der Hauptverhandlung könne kein Glauben geschenkt werden. Für die Urteilsfindung stellten die früheren abeeinflussten Aussagen und Geständnisse die einzig mögliche Grundlage dar, weil diese Geständnisse Wahrheit seien. Die Entschuldigungen der Angeklagten, dass sie in dem Glauben handelten, dass die NSDAP am Tage nach der Wahl die Macht in Deutschland übernehme, könnten nicht vor Strafe schützen wie auch die Hinweis auf die Befehle der Führung, die sie zur Ausführung der Taten unter Androhung des Erschiessens gezwungen hätte. Die Verurteilung müsse erfolgen nach § 5 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen, denn in sechs Fällen sei der vollendete Tatbestand des Paragraphen erfüllt. Weiter müssten die Angeklagten aber auch bestraft werden nach dem § 6 dieses Gesetzes, da sie an einer Verabredung zur Ausführung eines Sprengstoffverbrechens, an einem Komplott teilgenommen hätten. Die Verabredung die sich grundsätzlich unterscheidet von einer Anstiftung, von der im vorliegenden Falle nicht gesprochen werden könne, da jedem einzelnen an dem Attentat beteiligten SS-Mann noch Raum zur Betätigung eines freien Willens gelassen worden wäre, müsse nach dem Gesetz höher bestraft werden als die Ausführung der Verbrechen selbst.

Der erste Staatsanwalt stellte dann die Strafanträge, die insgesamt Zuchthausstrafen für 22 Angeklagte, Gefängnisstrafen für drei Angeklagte und Freisprechung von 8 Angeklagten fordern, während das Verfahren für die sieben flüchtigen Angeklagten abgetrennt werden soll. Weiter beantragte der Staatsanwalt, dass den freizusprechenden Angeklagten, die sich in Untersuchungshaft befinden, ein Anspruch auf Entschädigung für die von ihnen erlittene Untersuchungshaft nicht zustehen soll, weil die Untersuchung weder ergeben habe, dass sie unschuldig seien, noch dass ein unbegründeter Verdacht gegen sie nicht bestehe. Gegen 5 Angeklagte wurde der Erlass von Haftbefehlen beantragt. Die erlittene Untersuchungshaft soll auf die Strafe angerechnet werden.

Während sich das Gericht zurückzog, um über die beantragten Haftbefehle zu beraten, kam es im Gerichtssaal zu tumultarischen Szenen, in denen sich die angeklagten SS-Leute in unerhörter Weise gegen die diensttuenden Polizeibeamten benahmen. Sie wollten gegen die Beamten, die einer Anordnung des Gerichtsvorsitzenden gemäss keinen der Angeklagten aus dem Saal lassen wollten, tätlich vorgehen. Die Sturmführer erteilten den SS-Leuten den Befehl zum Angreifen. Rechtsanwalt Freisler benutzte diese Gelegenheit, sich in wüsten Beschimpfungen gegen die Polizei zu ergehen. Mit seiner gellenden Stimme, mit der er die Drohungen gegen die Polizei ausstiess, steigerte er die Auseinandersetzungen bis zu einem Punkt, in dem ein Angriff der angeklagten SS-Leute auf die Polizeibeamten erfolgen musste. Durch das Erscheinen des Gerichts, das seine Sitzung unterbrechen musste, wurde dem wüsten Tumult im Gerichtssaal ein Ende bereitet.

Das Gericht beschloss, die von der Staatsanwaltschaft beantragten Haftbefehle zu erlassen. Bei Abschluss der Verhandlung stellte sich heraus, dass die angeklagten SS-Leute Plähn, Blaubach und Kobarg das Weite gesucht hatten.

-----

SPD. Breslau, 17. November (Eig. Drahtb.)

Die Universität Breslau teilt mit: "Am Donnerstag den 17. November wiederholten sich, als Professor Dr. Cohn seine Vorlesungen wieder aufnehmen wollte, an der Universität dieselben Lärmszenen wie vor 8 Tagen. Deshalb sah sich der Rektor genötigt, gegen 9.45 die Universität zu schliessen. Bedauerlicherweise wurde, nachdem Professor Dr. Cohn den Hörsaal verlassen hatte, Tränengasbomben auf das Auditorium geworfen. Ein Student wurde von eindringenden Ruhestörern niedergeschlagen und so schwer verletzt, dass er mit dem Krankenwagen fortgeschafft werden musste."

Wie ferner bekannt wird, waren trotz umfangreicher Sicherungsmassnahmen Hunderte von nationalsozialistischen Studenten in dem Korridor vor dem Hörsaal erschienen, in dem Professor Dr. Cohn seine Vorlesungen abhalten wollte. Die Studenten brachen in Gebrüll aus, als Professor Dr. Cohn erschien und versuchten den Hörsaal zu stürmen. Der Rektor der Universität Professor Dr. Brockelmann, stellte sich vor den Eingang des Auditoriums und bemühte sich, die Eindringliche zurückzuhalten. Kriminalpolizeibeamte wurden, als sie zur Verhaftung nationalsozialistischer Rowdies schreiten wollten, von den tobenden Studenten tätlich angegriffen. Da die Tumulte sich zu steigern drohten, musste der Rektor die Universität schliessen. Stärkere Ansammlungen, die sich um die Mittagsstunde vor dem Universitätsgebäude gebildet hatten, wurden von der Polizei zerstreut.

Die neuen Ausschreitungen an der Breslauer Universität sind von den Nationalsozialisten planmässig herbeigeführt worden. Der von den Nazis niedergeschlagene und schwerverletzte Student ist Mitglied der Sozialistischen Studentenschaft.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erörterte am Donnerstag nach einem Bericht des Abg. Breitscheid ausführlich die gesamte politische Lage. Die Fraktion billigte einstimmig die Haltung des Fraktionsvorstandes bei der Ablehnung der an die Abgeordneten Wels und Breitscheid ergangenen Einladung des Reichskanzlers Papen und machte sich im vollen Umfang die Begründung dieser Ablehnung zu eigen.

Des weiteren beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit den Anträgen, die dem Reichstag beim Beginn seiner Verhandlungen vorgelegt werden sollen, Sie bringt einen Gesetzentwurf über Straffreiheit (Amne-

stie), einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror und einen dritten Gesetzentwurf zur Aufhebung der Sondergerichte ein. Neben einer Reihe von Anträgen und Gesetzentwürfen zum Umbau der Wirtschaft und zur Sicherung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ferner sofort zwei Anträge zur Gewährung einer Winterhilfe an alle Hilfsbedürftigen (Kohle, Brot, verbilligtes Fleisch) und zur Erhöhung der Sozialleistungen einbringen.

-----

SPD. Hamburg, 17. November (Eig. Drahtb.)

Der auf Hitlers Anweisung im Altonaer Prozess tätige Nazi-Anwalt Freisler liess sich vor einigen Tagen von einem Redaktionsmitglied des Itzehoer Nazi-Blattes interviewen. Ein markanter Satz aus diesem Interview: "Der SS-Mann steht für sein Handeln ein!". In der Praxis sieht das so aus, dass die Gauleitung der NSDAP am Donnerstag der Presse mitteilte, dass die Naziabgeordneten Lohse und Thormählen ihr Mandat zum Reichstag niedergelegt haben und an ihre Stelle der SS-Oberführer Moder und der SS-Sturmführer Grezesch in den Reichstag eintreten. Moder und Grezesch sind zwei Hauptangeklagte im Bombenlegerprozess. Sie wollen jetzt durch die Immunität als Reichstagsabgeordnete geschützt werden.

Der dritte Hauptangeklagte Plähn, bei dem ebenso wie bei den beiden Vorgenannten die Schuld unumstösslich fest steht, hat am Donnerstag in einer von Dr. Freisler beantragten Verhandlungspause den Gerichtssaal heimlich, still und leise verlassen. Als der Vorsitzende nach der Verhandlungspause die Sitzung wieder eröffnete, stellte er fest, dass Plähn, der für die Vorbereitung der Anschläge in Rendsburg verantwortlich ist, und zwei weitere Angeklagte fehlen. Der sofort ausgesandte Justizwachtmeister kehrte mit der Meldung zurück, dass Plähn weder in seiner Zelle - Plähn ist seit langem Untersuchungsgefangener! - noch sonst im Gerichtsgebäude zu finden sei. Offenbar hatte er den Worten des Nazianwalts Freisler wenig Glauben geschenkt und deshalb mit zwei Komplizen sein Heil in der Flucht gesucht.

Moder, Grezesch, Plähn und die andern zwei sind klassische Zeugen für das Freisler-Wort "Der SS-Mann steht für sein Handeln ein!"

-----

SPD. Der Klepper-Ausschuss des Preussischen Landtags vertagte sich am Donnerstag auf den 23. Januar 1933.

- Der Ausschuss, mit dem Nazis und Deutschnationalen vor den Wahlen ihre Agitation gegen "marxistische Misswirtschaft" zu bestreiten versucht hatten, hat nach der Wahl für sie kein Interesse mehr. Als in der Donnerstag-Sitzung des Ausschusses Finanzminister Klepper als Regierungsvertreter auf der Regierungsbank Platz nahm, erklärten die Nazis, dass sie sich das nicht gefallen lassen würden. Dabei war Klepper schon als Zeuge vernommen worden und hatte seine Aussagen mit grösster Offenheit gemacht. Als Klepper auf seinem Recht bestand und seinen Platz nicht verliess, ergriffen die Nationalsozialisten ihrerseits die Flucht. Sie erklärten, unter diesen Umständen an den Beratungen des Ausschusses kein Interesse mehr zu haben.

Der heldenmütige "Sieg", den die Hitlerleute in ihrem Kampf gegen die Korruption erfochten hatten, liess den anderen Flügel der ehemaligen Harzburger Froht nicht schlafen. Berichterstatter Steuer (Dnat) erklärte, dass man unter diesen Umständen sachlich nicht verhandeln könne und vorläufig kein Interesse mehr an der Fortsetzung der Ausschussarbeiten habe. Abg. Hamburger (Soz) erwiderte, man könne von der Sozialdemokratie nicht erwarten,

dass sie die Arbeit eines von 30 Deutschnationalen eingesetzten Ausschusses fördere, wenn die Antragsteller und Nationalsozialisten selbst ihren Kampf gegen die angebliche Misswirtschaft und Korruption einstellten. Er beantragte daraufhin Vertagung des Ausschusses auf den 25. Januar 1933. Das war dem Vorsitzenden Zubke nun wieder zu lange. Er wollte in den Kampf gegen Korruption nur einen kürzeren Erholungsurlaub einlegen und drohte, von seinem ebenfalls wegzulaufen, und den Ausschuss beschlussunfähig zu machen. Der Herr Rechtsanwalt aus Köslin musste sich daraufhin vom Abg. Leinert (Soz) über seine Pflichten als Vorsitzender belehren lassen. An sich wäre es ein hübsches Bild gewesen, wenn der unerschrockene pommersche Vorkämpfer Hugenbergs schliesslich auch noch vor dem Marxismus das Feld geräumt hätte. Dies erschien ihm aber offenbar doch als zu blamabel. Er liess abstimmen und der Ausschuss vertagte sich gegen die Stimmen der Kommunisten und des Vorsitzenden in Abwesenheit des "Dritten Reichs" auf das Jahr 1933.

Das ist das Ende eines der grössten Wahlschlager der "aufbauwilligen Elemente" aller Schattierungen. Es zeigt die Verlogenheit dieser Elemente in ihrer ganzen Grösse.

-----

SPD. Stuttgart, 17. November (Eig. Dr.)

Eine von Hitler gegen die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" gerichtete Klage wurde von der sechsten Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart zurückgewiesen.

Die "Schwäbische Tagwacht" hatte am 20. Juli einen Artikel unter der Überschrift veröffentlicht "Neues Hungerdiktat - Auch das wollen die Nazis bewilligen". In dem Artikel waren im Hinblick auf die von den Nationalsozialisten gegenüber der Regierung Papen geübte Tolerierung die Ausdrücke "Hitler-Notverordnung" und "nationalsozialistische Unterstützungskürzungen" gebraucht worden. Hitlers Klageantrag ging auf Erlass einer Verfügung gegen die "Schwäbische Tagwacht", solche Ausdrücke zu unterlassen, da sie eine Beleidigung oder üble Nachrede im Sinne der Paragraphen 185 und 186 des Strafgesetzbuches seien. Das Gericht ist jedoch in vollem Umfang der Auffassung der Beklagten beigetreten, dass solche Beleidigungen nicht vorliegen. Von ihnen hätte nur dann gesprochen werden können, wenn die zwischen der Partei Adolf Hitlers und der Regierung Papen etwa getroffenen Abmachungen zu unlauteren oder eigennützligen Zwecken erfolgt wären. Das sei aber nicht der Fall. Infolgedessen sei dem Antrag der Boden entzogen und die Klage abzuweisen.

-----

SPD. Anfang März wurden in der Pfalz ernsthafte Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten aufgedeckt. Es wurden elf Nationalsozialisten verurteilt, darunter der nationalsozialistische Standartenführer Theodor Eicke zu zwei Jahren Zuchthaus. Eicke wurde später aber angeblich wegen Haftunfähigkeit freigelassen. Er ist seitdem flüchtig.

Am 12. November ist nun in der Reichsbanner-Illustrierten ein Bild erschienen, auf dem Eicke als Führer einer deutschen Delegation den faschistischen Behörden in Bozen die Grüsse der deutschen Braunhemden überbringt. Als seinerzeit Eicke verurteilt wurde, erklärte die NSDAP, dass sich Eicke ausserhalb der Partei gestellt habe und wegen seiner illegalen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg ausgeschlossen worden sei. Durch das Bild wird der Beweis erbracht dass die NSDAP nicht nur Eicke zur Flucht verholfen hat, sondern ihn auch noch im Ausland als Abgesandten präsentiert. Wieder einmal wird so die ganze Unwahrhaftigkeit der Nazi-Bewegung offenbart. In der Bevölkerung Tirols und in

Osterreich hat das Auftreten der deutschen Faschisten eine ungeheure Empörung ausgelöst.

Die Ludwigshafener Staatsanwaltschaft soll inzwischen auf Grund des Bildes Schritte eingeleitet haben um Eicke seiner Strafe zuzuführen. Hoffentlich mit der erforderlichen Entschiedenheit!

-----

SPD. Braunschweig 17. Nov. (Eig. Drahtb.)

Einen organisierten Ueberfall auf eine geschlossene Stahlhelmfeier in Naensen bei Kreiensen unternahmen bewaffnete Nationalsozialisten unter Führung des evangelischen Pfarrers Beye aus Wenzeln. Der antierende Nazipfarrer segnet seit Jahr und Tag die nationalsozialistischen Horden für ihr verbrecherisches Treiben ein. Anscheinend genügt ihm diese Rolle nicht, so dass er nunmehr aktiv an Schlägereien teilnimmt.

-----

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

"Der Reichskanzler erstattete am Donnerstag dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, die er im Auftrage des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration gepflogen hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, dass sie jede solche Konzentration begrüßen, die die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage sein würde, hat der Führer der Zentrums-Partei der Ansicht Ausdruck gegeben, dass ihm Führung und Zusammensetzung des gegenwärtigen Kabinetts nicht geeignet erscheine, den Zusammenschluss dieser Kräfte sicherzustellen. Die Sozialdemokratie hat den Wunsch des Kanzlers zu einer Unterhaltung über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft schroff abgelehnt. Die NSDAP hat mitgeteilt, dass sie nur unter gewissen Vorbedingungen zu schriftlichen Verhandlungen bereit sei, wobei sie es von vornherein ablehnt, das von der Reichsregierung in Angriff genommene politische und wirtschaftliche Progre zu unterstützen.

In dieser Lage glaubte die Reichsregierung, die unter Einsatz aller ihrer Kräfte versucht hat den ihr vom Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auftrag auszuführen, im bestenvaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie ihn heute in die Hände des Reichspräsidenten zurücklegt. Sie bleibt dabei - ohne den Grundsatz autoritärer Staatsführung freizugeben - nach dem von ihr schon vielfach ausgesprochenen Prinzip, dass Rücksichten auf Personen in dieser so ernstesten Stunde keinen Raum haben könne. Sie wünscht dem Reichspräsidenten den Weg völlig freizumachen, damit er als der Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenfassung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein den Weg der deutschen Zukunft sichern kann. Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett mit der Weiterführung der Geschäfte."

-----

SPD. Halle, 17. November (Eig. Drahtb.)

Vom Schöffengericht Halle wurde der RGO-Führer Quarch wegen Betruges in vier Fällen und Nötigung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Diese Idealgestalt eines Vollblutrevolutionärs hatte unter Ausnutzung des Vertrauens, das er als ehemaliger Angestellter des Deutschen Landarbeiterverbandes in Landarbeiterkreisen noch besass, Landarbeiter um insgesamt 2000 Mark betrogen. Ein Landarbeiter hat ihm 1000 Mark geliehen, Geld, das

sich der 54jährige Mann mühsam zusammengespart hatte. Ein anderer Landarbeiter gab 500 Mark her, von denen er sich selbst 300 Mark borgte. Das Tollste aber ist, dass der RGO-Führer sogar einen Arbeitgeber, mit dem er im Tarifschiedsgericht sass, um 500 Mark leichter machte. Der einzige Entlastungszeuge wurde am Tage nach der Verhandlung ebenfalls wegen Unterschlagung verurteilt.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Donnerstag beschlossen, zwei Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Lage der Hilfsbedürftigen im Reichstag einzubringen. Der erste Gesetzentwurf lautet: "Entwurf eines Gesetzes über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung". Er besagt:

- § 1. Für den Winter 1932/33 wird für alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden (Gemeindeverbänden) übertragen.
- § 2. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit Brot und Kehl und in verbilligter Abgabe von Fleisch. Sie darf nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.
- § 3. In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt zu liefern: 2 kg Brot wöchentlich, 20 Ztr. Kohlen,  $\frac{1}{2}$  kg Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als 3 Köpfen entsprechend höher, bei Ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.
- § 4. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe stellt das Reich den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zur Verfügung.
- § 5. Die Mittel für die Brotbelieferung überweist das Reich den Gemeinden aus den Mehreinnahmen an Treibstoffzöllen, die sich aus der Aufhebung der Beimischungszwanges gemäss dem Gesetz über Staatsmonopole vom..... ergeben.

Die Mittel für die Brennstoffbelieferung werden durch volle Wiedererhebung der Ausgleichsabgabe auf Mineralöle und durch Aufrechnung der Schulden des Kohlenbergbaues beschafft.

Die Mittel für die Fleischverbilligung werden den Marktstützungsfonds des Reichsernährungsministeriums entnommen.

- § 6. Die erforderlichen Kohlenmengen werden aus den Haldenbeständen beschlagnahmt. Die Entschädigung an die Kohlensyndikate ist nach den durchschnittlichen Exporterlösen zu bemessen.

Der zweite Entwurf bezweckt die "Erhöhung der Sozialleistungen". Er besagt :

- § 1. Die Arbeitslosenunterstützung in der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden, die Renten aus der Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung und Unfallversicherung sowie die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen werden auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni 1932 gebracht.
- § 2. Zur Deckung der Mehraufwendungen dienen die Erträge der Notsteuern auf Grund des Gesetzes vom ..... und der Staatsmonopole auf Grund des Gesetzes vom .....

Die beiden Gesetzentwürfe entsprechen im wesentlichen dem, was die Fraktion schon im vorigen Reichstag gefordert hatte. Die sofortige Aufstellung dieser Forderungen im neuen Reichstag beweist, dass die Sozialdemokratie im Kampf um die Verbesserung der Lage Hilfsbedürftiger nach wie vor in erster Reihe steht.

Die in diesen Gesetzentwürfen angeführten Gesetze über Staatsmonopole

und über die Erhebung von Notsteuern von den hohen Einkommen und Vermögen befinden sich in Vorbereitung. Sie werden zusammen mit einer grösseren Anzahl von Anträgen über Massnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Arbeitsbeschaffung und mit den Gesetzentwürfen über den Umbau der Wirtschaft, die auch schon dem vorigen Reichstag vorgelegen haben, in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

-----

SPD. Genf, 17. November (Eig. Drahtb.)

Die am Donnerstag abgehaltene Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Weltappell an die deutsche Regierung, im Interesse ihres Rechts und der Gleichberechtigung des deutschen Volkes zu den entscheidenden Verhandlungen in Genf zurückzukehren. Die Darlegungen des englischen Aussenministers Sir John Simon, so sehr sie auch nur stark auslegbare Prinzipien entwickelten und, wie der französische Plan, die Rückkehr zur Gleichberechtigung Deutschlands in Etappen vorschlugen, sind bestimmt der Höhepunkt dessen, was eine verantwortungsbewusste Vertretung deutscher Interessen durch ein Fernbleiben von der Konferenz erreichen konnten.

Sir John Simon ging davon aus, dass die englische Regierung die Basis finden wolle, auf der die deutsche Gleichberechtigungsforderung geregelt werden könne. Denn diese Frage halte die Arbeiten der Konferenz auf. Die wahre Situation zeichnete er nach Englands Meinung in vier Punkten: 1) der Vertrag von Versailles könne nur durch Verständigung revidiert werden, 2) aus der Einleitung des Teils V. des Versailler Vertrages und der Mantelnote Clemenceaus im Auftrag der Alliierten gehe ohne jeden Zweifel hervor, dass die Deutschland auferlegte Abrüstung der Vorläufer einer wichtigen Massnahme der allgemeinen Abrüstung sein sollte, 3) ohne die freiwilligen Rüstungsherabsetzungen gewisse Staaten zu unterschätzen bleibe nichtsdestoweniger bestehen a) dass, während Deutschland ewigen Einschränkungen unterworfen sei, andere Nationen noch durch keinerlei gegenseitige Verpflichtungen zur Rüstungsherabsetzung gebunden seien ausser den Flottenverträgen von Washington und London und b) andere Nationen sich noch erlauben könnten, Kriegswaffen zu besitzen, die der Vertrag Deutschland verbiete, 4) inzwischen sei Deutschland gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes geworden. Wenn die Konferenz noch zögere, über den Wortlaut der Vereinbarung, so sei es nicht, weil sie offen oder versteckt Deutschland ein Statut der Minderwertigkeit aufzwingen wolle. Tatsächlich werde nicht versucht, die Abrüstung als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck zu verwirklichen. Die Abrüstung habe als Hauptziel ein Beitrag zur Errichtung eines soliden und dauernden Friedens zu sein.

Aus diesen vier objektiven Feststellungen, die von niemand bestritten werden könnten, ergäben sich gewisse Konsequenzen. Sie stellten kein Gegenprojekt dar, sondern nur die Bedingungen, deren Verwirklichung das einzige Mittel liefern werde, um die von der Gleichberechtigungsforderung aufgeworfenen Probleme zu lösen. Diese Konsequenzen seien: 1) Alle europäischen Staaten müssten sich in der feierlichen Versicherung zusammenschliessen, dass sie unter keiner Bedingung irgend eine gegenwärtige oder künftige Streitfrage durch Gewalt zu entscheiden trachten werden. England weigere sich, die Meinung zuzulassen, dass eine solche Versicherung, feierlich unter allen Umständen gegeben, nur ein wertloses Versprechen sein könne. Die Anerkennung des moralischen Rechts auf Gleichberechtigung schliesse für Deutschland wie für die anderen Staaten die Annahme dieser Verpflichtung ein. 2) Die Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen müssten in die gleiche Abrüstungskonvention aufgenommen werden, in der die Beschränkungen der anderen Mächte festgesetzt seien. So würden die Artikel des Teils V. des Versailler Vertrages ersetzt und die auf Deutschland anwendbaren Beschränkungen verwirklicht durch den gleichen Vorgang und seien enthalten im gleichen Dokument wie die Beschränkungen für die ande-

ren Staaten. 3.) Die neu formulierten Beschränkungen für Deutschland hätten die gleiche Dauer und seien dem gleichen Revisionsmodus wie die aller anderen Staaten unterworfen. Beschränke man sich auf die Prüfung des Prinzips, so müsse dieses Prinzip die Gleichheit bezüglich der Dauer enthalten. Ebenso müssten alle Staaten in der gleichen Situation sein bezüglich der Revision. 4.) England sei bereit, im Einverständnis mit den anderen Mitgliedern der Konferenz in die neue Konvention das Prinzip der Gleichheit für die Art der Bewaffnung aufzunehmen, durch welche Mittel, in welchen Abschnitten dieses Prinzip der qualitativen Rüstungsgleichheit angewandt werden könne, das müsse in Genf Gegenstand detaillierter Verhandlungen sein, bei denen die Teilnahme Deutschlands unerlässlich sei. England widersetze sich einer vorzeitigen Diskussion dieser Details, so sagte Simon scharf zu Deutschland gewandt, dennes sei der Meinung, dass diese Frage angemessen nur besprochen und entschieden werden könnte durch gemeinsame Verständigung, wenn man sich dazu des Mechanismus der Konferenz bediene.

Der englische Aussenminister hob weiter hervor, dass die Konferenz nicht im Namen der Gleichheit eine Steigerung der bewaffneten Macht erlauben könne. Ferner dürfe in der Praxis die uneingeschränkte Anwendung des Prinzips der Gleichberechtigung nicht sofort verwirklicht werden. Das Vertrauen in die spätere Anwendung dieses Prinzips werde sich vergrössern, sobald man nach dem ersten Schritt sehen werde, dass der Weltfriede dadurch besser gesichert sei. Man brauche ein praktisches Programm mit Stufen, wobei jede nachfolgende Massnahme gerechtfertigt und vorbereitet sei durch die festgestellten Folgen der vorhergegangenen. Die unmittelbare Aufgabe der Konferenz sei, das Programm der ersten Abrüstungsetappe aufzustellen und wenn möglich die grossen Linien der zweiten Etappe zu zeigen, damit die Länder in der Zwischenzeit ihre Programme dieser anpassen könnten. Für die erste Etappe könnten nach Englands Meinung folgende Methoden angewandt werden: Seeabrüstungen: a) England verhandelt gegenwärtig mit den anderen Seemächten über eine Herabsetzung der Tonnage für Linienschiffe. Die schliesslich angenommenen Grössen müssten dann Deutschland ebenfalls erlaubt werden, doch dürfe es seine Gesamttonnage keiner seiner Schiffstypen, die ihm jetzt vorgeschrieben seien, durch Neubauten überschreiten. b) Festsetzung der Kreuzer-Grenze auf 7000 Tonnen mit sechszölligen Kanonen, das ungefähr der jetzigen Grenze für Deutschland entspreche. c) Abschaffung der U-Boote, was in dieser Waffengattung das wichtigste Ziel sei, um Deutschland die Gleichheit zu verschaffen.

Landabrüstungen: a) Abschaffung der schweren Tanks. Leichte Tanks seien notwendig zum Schutze kleiner Armeen. Es sei unmöglich, Deutschland im Prinzip das Recht auf den Besitz einer beschränkten Anzahl dieser Waffen zu verweigern. Aber die Frage, ob dies in der Praxis so sein solle und wenn ja, welche Anzahl genüge, sei der Prüfung des Zweckes unterstellt, zu dem jede nationale Armee dienen solle. In jedem Falle sei dies eine Frage, die entschieden werden müsse in Verhandlungen und nicht vor den Aussprachen, die in Genf stattfinden müssen und an denen Deutschland teilnehmen werde. Für bewegliche Kanonen Festsetzung eines Kalibers um 10,5 cm für alle zukünftig zu ersetzenden oder neu herzustellenden Geschütze. Bei den Luftrüstungen als Ziel die Abschaffung aller militärischen Land- und Seeluftfahrzeuge sowie des Luftbombardements. Gleichzeitig Einrichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle der Zivilluftfahrt. Als Massnahme einer sofortigen und praktischen Abrüstung schlage England vor: 1) die sofortige Herabsetzung der Luftstreitkräfte der Hauptmächte auf das Niveau deren Englands, 2) eine Verminderung um ein Drittel aller Luftstreitkräfte der Welt, die so herabgesetzt seien, einschliesslich derer Englands, 3) eine Begrenzung des Leergewichts militärischer Luftfahrzeuge auf die niedrigste Ziffer, über die eine allgemeine Einigung möglich sei. Die so erhaltenen Ziffern müssten in einem späteren Stadium erneut herabgesetzt werden. In Erwartung der Prüfung weitgehender Vorschläge, an der Deutschland teilnehmen werde, sei es nicht unbillig, dass Deutschland sich enthalte, eine militärische Luftfahrt zu erlangen. Auf dem Gebiete der quantitativen Abrüstung müsse die

Gleichberechtigung dem Prinzip der Einschränkung der Rüstungen unterworfen werden. Wenn Deutschland z.B. die allgemeine Dienstpflicht wieder haben wollte, müsste die Zahl der auszubildenden Mannschaften abgezogen werden in einer festzustellenden Proportion von der Zahl der Soldaten mit verlängerter Dienstzeit. Wird die Dienstzeit für die zweite Kategorie von 12 auf 6 Jahre herabgesetzt, dann müsste die Zahl dieser Soldaten von 100 000 auf 50 000 herabgesetzt werden. England nehme im übrigen den Hoover-Vorschlag für die Heeresstärken im Prinzip an als Diskussionsbasis.

Abschliessend sprach sich Sir John Simon für die Errichtung einer wirksamen Abrüstungskontrolle im Sinne der letzten Entschliessung des Büros aus.

-----

SPD. Hamburg, 17. Nov. (Eig. Drahtb.)

Im Altonaer Bombenprozess beantragte der Staatsanwalt gegen Moder und Genossen folgende Strafen:

Gegen Moder eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren, gegen Plähn eine Zuchthausstrafe von 6½ Jahren, gegen die Sturmführer Grezesch und Strathmann eine Zuchthausstrafe von je 6 Jahren, die SS-Leute Aasbass, Blaubach, Brandt, Kobarg, Rieveschl, Boltzen, Burmeister, Diehl, Gerlach, Holfeld, Keller, Schröter, Thormählen, to Seth, Zeeb, Eggert und Schäfer eine Zuchthausstrafe von je 5 Jahren, gegen Jhle eine Zuchthausstrafe von einem Jahr, gegen Heeschen eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, gegen Karde eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, gegen Rathjen eine Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Gegen die Angeklagten Adler, Bengston, Bornhöft, Dechow, Hölck, Dürsaal und Rohweder, die flüchtig sind, soll das Verfahren abgetrennt werden.

Die Angeklagten Bestmann, Brockmann, Maerker, Hölat, Jon, Naujoks, Clausen und Soft sind von der Anklage des Verbrechens gegen § 7 des Sprengstoffgesetzes im Falle Wesselburen freizusprechen, ebenso der Angeklagte Plähn. Der Wagen des Angeklagten Karde, der zu der Beschaffung des Sprengstoffs benutzt wurde, ist einzuziehen. Weiter beantragte der Staatsanwalt in Anbetracht der hohen Strafen Vorsichtsmassregeln, um eventuelle Fluchtversuche der Angeklagten unmöglich zu machen.

-----

SPD. Der Geschäftsführer des Sekretariats der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Franz Wilke hat die Kasse des Sekretariats um 36 000 Mark erleichtert.

Die Unterschlagung dieses Betrages war der nationalsozialistischen Parteileitung zwar schon vor der Reichstagswahl bekannt geworden, aber sie hatte damals kein Interesse daran, diesen Fall an die Öffentlichkeit kommen zu lassen. Die Nationalsozialisten bestreiten den grössten Teil ihrer Agitation mit Behauptungen über Korruption in anderen Parteilagern. Aber über die vielen Korruptionsfälle in der eigenen Partei wird der Mantel der Schweigens gebreitet. Als man die Unterschlagungen des Herrn Wilke entdeckt hatte, sollte er sich vor dem "Uschla", dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss der Nationalsozialistischen Partei verantworten. Zu diesem Zwecke "versetzte" man ihn nach München. Herr Wilke fuhr jedoch nicht nach dem Braunen Haus, sondern begab sich mit Frau und Kind auf Reisen. Am 10. November teilte dann das Berliner Nazi-Organ an versteckter Stelle und in allerkleinster Schrift mit, dass Wilke angeblich schon am 25. Oktober aus der NSDAP ausgeschlossen worden sei. Es war ursprünglich beabsichtigt, dass Herr Dr. Frick, der Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben und die Verhaftung Wilkes veranlassen sollte. Das hat man aber unterlassen, denn die Welt hätte dann die peinliche Frage stellen können, wie es möglich gewesen sei, dass unter der Oberaufsicht der Herren Dr. Frick, Goebbels und Göring ein "Aufbauer" die Fraktionskasse um einen so hohen Betrag prellen konnte.

-----

SPD. Paris, 17. November (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Donnerstag die Wahl des einer Gruppe der Mitte angehörenden Abgeordneten Chauvel, der im Wahlkreis Senlis mit nur 28 Stimmen Mehrheit den sozialistischen Kandidaten Uhry geschlagen hatte, mit 260 gegen 200 Stimmen für ungültig erklärt. Es ist festgestellt worden, dass Chauvel durch verschiedene Manöver die Wähler beeinflusst hat und bei der Auszählung der abgegebenen Stimmen Schiebungen vorgekommen sind. Die Kammer hat damit zum erstenmal die Wahl eines Abgeordneten annulliert. Weiter Ungültigkeits-erklärungen sind in der nächsten Zeit zu erwarten.

-----

SPD. Die Regierung Papen ist zurückgetreten. Aber kein Zweifel, dass die Rücktritt in der Hoffnung erfolgte, am Ende der Krise wieder eine Barons-Regierung mit oder ohne Papen in Erscheinung treten zu lassen. Die Barone leben in der Ueberzeugung, dass die Parteien nicht zur Bildung einer Regierung "der nationalen Konzentration" in der Lage sind und dem Reichspräsidenten schliesslich nichts anderes übrig bleibt, als sie in ihrer Mehrzahl wieder zu berufen.

Die Verhandlungen des Reichspräsidenten zur Neubildung der Regierung werden am Freitag beginnen. Vormittags wird der Deutschnationaler Hugenberg empfangen, Nachmittags zunächst der Führer des Zentrums und anschliessend der Volksparteiler Dingeldey. Für Sonnabend ist der Empfang Hitlers und des bayerischen Volksparteilers Schäffer vorgesehen. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei sind nicht zu Besprechungen geladen. Angeblich weil sie - wie es in einer amtlichen Verlautbarung über den Rücktritt der Regierung heisst - die Unterhaltung mit Herrn von Papen "über die Mitarbeit in einer nationalen Notgemeinschaft schroff abgelehnt" haben. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen. Die Sozialdemokratie hat lediglich Verhandlungen mit Herrn von Papen abgelehnt, deren Zweck und Ziel garnicht bekannt waren, die aber bei der Einstellung des Herrn von Papen und seiner Vergangenheit negativ verlaufen mussten. Warum, das ist in der Begründung der sozialdemokratischen Absage klar und eindeutig festgelegt.

Der Reichspräsident wird die von ihm geladenen Parteiführer bitten, sich bis Mittwoch der kommenden Woche untereinander über die politischen Ziele und personelle Zusammensetzung einer Regierung der "nationalen Konzentration" klar zu werden. Es heisst, dass er an diese Besprechungen zwei Bedingungen knüpfen wird. Die eine, dass auch die neue Regierung den Charakter eines Präsidialkabinetts trägt, die andere, dass er an dem gegenwärtigen Zustande in Preussen nichts geändert wissen will. Dass die Besprechungen der bürgerlichen Parteiführer untereinander insbesondere angesichts der beiden Bedingungen zu einem positiven Ergebnis führen, ist kaum zu erwarten. Insbesondere legen die Deutschnationalen alles darauf an, eine Regierung, die im Parlament einen gewissen Rückhalt hat, zu verhindern. Sie wollen das gegenwärtige Regime und System auf die Spitze treiben.

So hegen die Nazi-Barone die bestimmte Hoffnung, dass die Parteien unter sich zu keiner Verständigung kommen werden und sie dann mit oder ohne Papen wiederkehren dürfen.

-----

SPD. Washington, 17. November (Eig. Dr.)

Aus halbamtlichen Andeutungen ist zu entnehmen, dass Hoover gegen jedes Entgegenkommen in der Schuldenfrage ist. Eine Verlängerung des Moratoriums ist angesichts der überwältigenden Gegnerschaft im Bundeskongress nicht zu erwarten. Die Bundesregierung wird in Uebereinstimmung mit den Ansichten Roosevelts auf die Zahlung der Mitte Dezember fälligen Schuldbeträge bestehen.

Von dieser Zahlung hängen eventuelle spätere Verhandlungen und eine Neuregelung des Schuldenproblems unter der künftigen Verwaltung Roosevelts im Rahmen einer allgemeinen weltwirtschaftlichen Aussprache ab. Der Standpunkt der Regierung wird in Wirtschaftskreisen stark kritisiert.

-----

SPD. Paris, 17. November (Eig. Drahtb.)

Der Sonderberichterstatler des "Paris Soir" in Washington meldet, dass Hoover nach Besprechungen mit Staatssekretär Stimson und seinen intimen Freunden im Kongress entschlossen sei, die Anträge Englands, Frankreichs und Belgiens auf Gewährung eines Zahlungsaufschubs für die am 15. Dezember fälligen Schuldenraten abzulehnen, weil sich der Senat einstimmig gegen jedes Moratorium aussprechen würde. Es sei wahrscheinlich, dass Hoover nach einer Unterhaltung mit Roosevelt die interessierten Regierungen von diesem Beschluss unterrichten und ihnen mitteilen werde, dass er dem Kongress in diesem Falle in einer Botschaft die neue Schaffung einer parlamentarischen Schuldenkommission vorschlagen könne, die mit der Prüfung der Schuldenabkommen beauftragt werden solle.

-----

SPD. Die neuen Satzungen und Geschäftsanweisungen für die Reichsrundfunkgesellschaft und die einzelnen Sendegesellschaften sind vom Reichsrat den zuständigen Stellen zur Durchführung übermittelt worden. Bis zum Ende dieses Jahres soll die organisatorische Umgestaltung der Rundfunkgesellschaften durchgeführt sein.

Für die Befugnisse der Staatskommissare haben die Länderregierungen ihre Sonderwünsche gegenüber dem ursprünglichen Entwurf der Reichsregierung in zwei Umfange durchgesetzt. Dem politischen Reichskommissar stehenzwecke Ueberwachu des Programm- und Nachrichtendienstes die Programme sämtlicher Sendegesellschaften und auf Anforderung auch die Manuskripte zur Verfügung. Einwendungen hat er gegenüber dem Staatskommissar geltend zu machen, doch ist der Staatskommissar berechtigt, den Einspruch, ohne ihm stattzugeben, der Regierung seines Landes zu weiteren Verhandlungen mit der Reichsregierung zu übermitteln. Bevor eine Einigung erfolgt, hat die fragliche Sendung zu unterbleiben. Das Gleiche gilt, wenn die Landesregierung einem bestimmten Programmwünsche des Reichskommissars widerspricht. Den Kommissaren sind alle Einstellungen und Abberufungen der für den Verwaltungs- und Programmdienst der Reichsrundfunkgesellschaft bzw. der einzelnen Sendegesellschaften massgebenden Personen zur Genehmigung zu unterbreiten. Diese Genehmigung erstreckt sich auch auf die Programmdarbietungen. Die Programmbeiräte sollen zu allen grundlegenden Fragen der Programmgestaltung gehört werden, haben jedoch nur beratende Funktion. Die bisher geltenden Bestimmungen über Aufgledarbietungen bleiben mit der oben genannten Einschränkung über das gegenseitige Vetorecht des Reichskommissars und der Staatskommissare bestehen. Die Haushaltsordnungen der Reichsrundfunkgesellschaft und der einzelnen Sendegesellschaften werden künftigt vom Reichspostminister erlassen. Also Rückschritt und Reaktion in jeder Form.

-----

SPD. Halle, 17. November (Eig. Drahtb.)

Das zum Wintershall-Konzern gehörige Kaliwerk Krügershall wird zum 1. Dezember stillgelegt, obwohl noch im letzten Geschäftsjahr neben erheblichen Abschreibungen eine hohe Dividende gezahlt wurde. 600 Arbeiter fallen dieser Art von Wirtschaftsankurbelung zum Opfer.

# Blossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die von Gott gegebene Autorität.

SPD. Herr von Papen hat sich in fünf Monaten tief in das Gedächtnis des deutschen Volkes eingegraben. Wir gestehen ihm dies zu, ohne jeden Neid! Jeder Arbeiter, der seinen Hungerlohn in der hohlen Hand betrachtet, jeder Erwerbslose, der kümmerlich dahinvegetiert, jeder Rentner, dessen Einkommen zusammengestrichen ist, denkt an Herrn von Papen.

Neben diesen Taten stehen die Reden, die späterhin in der Geschichte ebenso berühmt sein werden wie die Reden Friedrich Wilhelms IV. Es sind ebenso wie die Reden dieses Preussenkönigs Reden einer "gottgegebenen Autorität". Sie begannen schon vor dem Amtsantritt des Herrn von Papen als Reichskanzler. Am 2. Oktober 1931 sprach er in Dülmen gegen Brüning:

"Die versteckte Diktatur des Kanzlers muss sich der parlamentarischen Verbrämung entledigen. Der Kanzler soll und muss ein nationales Kabinett, eine Regierung, eine Diktatur auf nationaler Grundlage führen."

Das war das Regierungsprogramm. Im Juli 1932 wurde Papen Reichskanzler und Herr von Schleicher verhiess ihm eine vierjährige Kanzlerschaft. Herr von Papen begann sofort zu reden:

"Die Nachkriegsregierungen haben den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt."

Dann ging er nach Lausanne und erklärte dort den stannenden Ministern der fremden Länder, dass er im Gegensatz zu den Nachkriegsregierungen die moralischen Kräfte der Nation repräsentiere. Er prägte das Wort von den "lebendigen aufbauwilligen Kräften der Nation", womit er Hitlers SA meint. Dem Chefredakteur des "Matin" setzte er auseinander:

"Ich füge hinzu, dass ich heute, was meine Vorgänger nicht sagen konnten alle nationalen Kräfte Deutschlands vertrete."

Danach hielt er in Münster eine Programmrede, in der er Pläne gegen die Weimarer Verfassung ankündigte, die "unter Abwehr aller Störungen durch Parteien verwirklicht werden soll".

Auf dem Stahlhelmtag in Berlin sprach er ausnahmsweise nicht, sein Erscheinen neben den Kapp-Ministern Pabst und Lüttwitz und neben dem Putschisten Starhemberg war Rede genug! Dafür sprach er im Beisein des Exkronprinzen und unter dessen stürmischem Beifall auf einer Berliner Stahlhelmkundgebung:

"13 Jahre hat der Stahlhelm für die Grundlagen des neuen Staates gekämpft er soll nicht umsonst gekämpft haben."

Herr von Papen fühlte sich als Gottgegebene Autorität:

"Jede Autorität hat ihren Ursprung in Gott. Wir sind dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung. Unsere konservative Gesinnung beruht im Glauben an Gott." Deshalb verkündete er in München:

"Wir wollen eine machtvolle überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin und her getrieben wird, sondern über ihnen unerschütterlich steht wie ein rocher de bronze."

Rocher de bronze, das hat schon Friedrich Wilhelm IV. gesagt! Wir kennen die Geschichte und wir haben deshalb von vornherein gewusst, dass es mit Herrn von Papen ein anderes Ende nehmen würde, als seine von Gott gegebene Autorität es selbst geglaubt hat, ein Ende nämlich durch das Volk!

## Der Händedruck von Bozen.

-----

Durch eine Reihe deutscher Blätter ist ein Bild gegangen, das im "Popolo d'Italia" über die Faschistenfeier am Bozener Siegesdenkmal veröffentlicht worden ist. Das Bild zeigt den Führer einer uniformierten Nationalsozialisten-Abteilung, wie er vor dem Bozener Siegesdenkmal dem Faschistenherzog von Pistoja die Hand drückt. Dies Bild beweist nicht nur die nationale Würdelosigkeit von Hitlers SA, sondern noch ein anderes! Dieser uniformierte SS-Führer ist wie das Bild deutlich ausweist, niemand anderes als der flüchtige Standartenführer der pfälzischen SA und SS, jener Theodor Eicke, der wegen Sprengstoffverbrechen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist! Er hatte 80 hochexplosible Sprengstoffbomben hergestellt. Wenige Tage nach seiner Verurteilung wurde er angeblich wegen Haftunfähigkeit aus der Haft entlassen. Er ist flüchtig geworden und seitdem für die Justiz unauffindbar.

Dieser Bombenverbrecher, der sich in Deutschland einer Zuchthausstrafe durch die Flucht entzogen hat - das war der offizielle Abgesandte Hitlers bei der Faschistenfeier am Bozener Siegesdenkmal. Als Eicke seinerzeit verhaftet wurde, liess die NSDAP erklären, dass die in die Bombenaffäre verwickelten Parteigenossen selbstverständlich aus der Partei ausgeschlossen seien." Was darunter zu verstehen war, ist jetzt enthüllt. Der angeblich Ausgeschlossene hat den faschistischen Behörden vor dem Siegesdenkmal in Bozen die persönlichen Grüsse Hitlers übermittelt!

## Wer arbeitet in Braunschweig?

-----

In der braunschweigischen Regierung, die aus Herrn Klagges, dem Nationalsozialisten und Herrn Küchenthal, dem Deutschnationalen besteht, ist ein ernster Konflikt ausgebrochen. Der deutschnationale Minister Küchenthal wurde von einem Freund gefragt, wie er denn mit seinem Kollegen Klagges auskomme, der doch recht schwierig sein müsse. "O", antwortete Herr Küchenthal, "sehr gut denn Herr Klagges ist ja glücklicherweise niemals in Braunschweig, er reist von einer Versammlung zur anderen und redet und die Arbeit mache ich allein."

Diese Äusserung des Herrn Küchenthal wurde bekannt und nun erhob sich der grosse Konflikt. Herr Klagges liess Herrn Küchenthal befragen. Herr Küchenthal liess erklären, er müsse missverstanden worden sein, Telegramme und Briefe wurden gewechselt, um die Ehre des Ministers Klagges zu retten. Der grosse Staatskonflikt hat sich immer noch nicht beruhigt.

Vielleicht aber haben beide nicht recht, und die Arbeit wird weder von Herrn Klagges noch von Herrn Küchenthal, sondern von den Beamten gemacht. Immerhin müssen die Herren Küchenthal und Klagges im Amte erscheinen und Unterschriften leisten, sie müssen sogar manchmal in den Landtag gehen. Sie haben es eben nicht so gut wie ihr Untergebener, der Herr braunschweigische Regierungsrat Hitler. Von dem kennt man in der braunschweigischen Verwaltung nicht ausser einer Unterschrift, nämlich der Unterschrift - auf der Gehaltsquittung

## Der Herr und das Gescherr.

-----

Hitlers Personal besteht aus besonders ausgewählten Leuten! Das Nürnberger Sondergericht hat vier seiner Chauffeure wegen besonders roher und gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von 4 - 10 Monaten verurteilt. Wir erinnern daran, dass Hitlers Portier vom Braunen Hause ein dutzendfach wegen gemeiner Delikte vorbestrafter Mensch ist, der erst kürzlich wieder wegen eines besonders gemeinen Rohheitsaktes verurteilt worden ist. Für solche Leute scheint Hitler eine besondere Sympathie zu haben. Wenn es einmal mit der Herrlichkeit aus ist, kann Hitler aus dem Personal seiner nächsten Umgebung einen Verein der vorbestraften Rohheitsverbrecher bilden!

# Das alle Welt

## Weihnachtsvorbereitungen.

### Hinter den Kulissen eines Warenhauses.

SPD. Während wir uns alle daran gewöhnt haben, nur noch höchstens bis zum morgigen Tage zu rechnen, - weiter lässt der Verdienst den Geldbeutel nicht reichen, - sind hinter grossen Schaufensterscheiben unsichtbare Hände bereits mit eifrigen Vorbereitungen beschäftigt. Das Weihnachtsgeschäft soll wieder einmal der grosse Rausreisser sein; man spekuliert nicht mit Unrecht auf das Gemüt seiner Mitmenschen. Einmal im Jahr will jeder dem anderen eine Freude machen, und zu Weihnachten wird selbst der Hartgesottenste sentimental. Darüber weiss man im Warenhaus genau Bescheid, und wehe dem Direktor, der es nicht versteht, den Geschmack des Publikums so zu treffen, dass am 24. abends die Ladentische leer sind. Kein geringes Problem zu dieser Zeit drückender Not und sich immer wieder erneuernden Lohnabbaus!

Zunächst fängt der Kampf um die Seele und das Portemonnaie des Weihnachtskäufers in ruhigem Tempo an, denn er spielt sich vorerst ja nur "in den höheren Regionen" ab. Da werden Abteilungsleiter und Reklamechefs zu einer Konferenz gebeten. Aus dickem Zigarrenrauch quillt der Satz des Allgewaltigen: "Ganz besonders billig einkaufen und ganz besonders schöne Sachen!" Schon schwirren die Einkäufer in die Industriestädte, nach Chemnitz, Nürnberg, Krefeld, in die kleinen Thüringischen Orte, um an der Quelle unter grösstem Preisdruck die Schlager dieses Winters einzuhandeln. Jeder behauptet, das Schönste und das Billigste gefunden zu haben, während der Chef selbstverständlich anderer Ansicht ist. Von jetzt ab spielen sich die Ereignisse hauptsächlich in zwei Büros ab: Beim Reklameleiter und beim Personalchef.

Im Oktober lässt der Werbeleiter alle anderen Arbeiten liegen und kümmert sich nur um die Ausgestaltung des Hauses für das Weihnachtsgeschäft. Zuerst wird die Spielwarenausstellung eröffnet; denn die Kinder sind die Ersten, die ans Weihnachtsfest denken und die die Eltern zum Besuch der Kaufhäuser zu bewegen versuchen. Für diese Ausstellung wird jedesmal ein neues Thema erdacht, ein Thema, das der Zeit entspricht; man wird sich also nicht zu wundern brauchen, wenn dieses Jahr einzelne Abteilungsleiter auf die "grandiose" Idee kommen, besonders viel Zinnsoldaten aufmarschieren zu lassen... Die Klinke zur Tür des Werbebüros wandert wie am laufenden Band von einer Hand in die andere, Dekorateurs, Tischler, Zeichner, alle wollen einen Auftrag haben.

Nicht minder lebhaft geht es im Personalbüro zu. Hier zeigt sich das Elend unserer Zeit besonders deutlich. Am grossen Schreibtisch sitzt der Feldwebel der Wirtschaft, der Personalchef. Bei ihm häufen sich die Bewerbungsschreiben der jungen Mädchen, die wenigstens in den letzten 8 Wochen des Jahres einmal Arbeit haben möchten. Es hängt ganz von der Mentalität des Mannes ab, der an dieser verantwortlichen Stelle sitzt, wie die Auswahl getroffen wird. Zuerst werden - das ist vielleicht ein kleiner Trost - die abgebauten Verkäuferinnen des Hauses berücksichtigt, zwar nicht etwas nur aus Mitleid, sondern weil man sie nicht erst einarbeiten muss, was Zeit und Mühe spart. Dann kommen die Gesuche an die Reihe, die man unter dem Titel

"Protektion" zusammenfassen kann; und wenn dann noch Stellen frei sind, werden auch die Unbekannten aus der Masse Berücksichtigung finden. Eine harte Zeit beginnt für alle Verkäuferinnen. Neben dem eigentlichen Verkaufsdienst sind die sogenannten Weihnachtspackungen vorzubereiten. Man muss sich damit vertraut machen, welche Ware der Abteilung dem Kunden besonders empfohlen werden soll. Jeden Tag muss der Weihnachtsschmuck neu zurecht gemacht werden. Alle Vorschriften sind genau zu beachten; denn wenn etwas nicht klappt, kann man sich den Zorn des Aufsichtsbeamten zuziehen - tausend andere Mädchen warten ja auf diese eine Stelle!

Lieber Käufer und liebe Käuferin! Ein kleiner Weihnachtswunsch: wir alle wissen, dass auch Du Dein Geld schwer verdienst und dass auch Dich die Sorgen des Alltags bedrücken. Wenn Du zu den Verkäuferinnen an die Ladentische kommst, und Du findest nicht gleich das Richtige, und es wird Dir nicht gleich alles so zurechtgemacht, wie Du es Dir vorgestellt hat, und es ist nicht so billig, wie Du es erhofft hast - lass bitte Deine Ungeduld nicht an der Verkäuferin aus. Sie steht von morgens bis abends hinterm Ladentisch und muss immer wieder bemüht sein, für jeden das Rechte zu finden. Kann sie das einmal nicht, so schimpfe nicht gleich, beschwere Dich nicht sofort, sondern denke daran, dass Dir auch nicht immer alles im Leben gelingt!

Mich.

+ + +  
Weihnachtsfahrkarten. Die Reichsbahn hat die Geltungsdauer der Arbeiterrückfahrkarten zu Weihnachten und Neujahr auf drei volle Wochen festgesetzt. Sie gelten zur Hinfahrt vom 21. Dezember 0 Uhr bis zum 22. Januar 24 Uhr, zur Rückkehr vom 23. Dezember 12 Uhr bis zum 1. Januar 24 Uhr. Die Arbeiterrückfahrkarte verbilligt die Weihnachtsreise um 50 %, während die übliche Festtagsrückfahrkarte nur eine Verbilligung um 33 1/3 Prozent bedeutet.

+ + +  
"Soldaten sind Mörder". Der zweite Strafsenat des Kammergerichts Berlin bestätigte den von früherer Instanz gefällten Freispruch des verantwortlichen "Weltbühnen"-Redakteurs Carl v. Ossietzky, der sich wegen einer in der von ihm redigierten Zeitschrift erschienenen Glosse Kurt Tucholskys zu verantworten hatte. Durch den in jener Glosse vorkommenden Satz "Soldaten sind Mörder" hatte sich die Reichswehr beleidigt gefühlt; der Strafantrag war seinerzeit von dem früheren Reichswehrminister Groener gestellt worden. Gegen den in dieser Sache vom Schöffengericht Charlottenburg gefällten Freispruch hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt.

In der neuen Verhandlung verlangte Staatsanwaltschaftsrat Ebel die Bestrafung des Angeklagten. Er erklärte, dass durch den inkriminierten Satz dem Berufsstande der Soldaten gegenüber eine besondere Missachtung zum Ausdruck gebracht würde; zudem sei der Begriff der Kollektivbeleidigung, d. h. der Beleidigung eines ganzen Standes, vom Reichsgericht in neuerer Zeit wiederholt anerkannt worden. Der Satz "Soldaten sind Mörder" beziehe sich auf die Gesamtheit des Soldatenstandes, mithin auch auf das deutsche Reichsheer. - Der Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Apfel, erklärte entgegen diesen Ausführungen, dass es sich bei dem Satz "Soldaten sind Mörder" um eine abstrakte Behauptung ohne konkreten Inhalt handle, die nach seiner Ueberzeugung nicht beleidigend wirken könne. Diese Ansicht machte sich der zweite Strafsenat des Kammergerichts im wesentlichen zu eigen. "Ehrenkränkungen", so heisst es in der Urteilsbegründung, "können nur dann bestraft werden, wenn sie sich auf Personen, nicht aber wenn sie sich auf eine unbestimmte Gesamtheit beziehen."

+ + +

Malaria-Epidemie. In einem Flüchtlingslager in der Nähe der durch Wirbelstürme verwüsteten kubanischen Stadt Santa Cruz del Sur ist eine Malaria-Epidemie ausgebrochen.

+ + +  
August Vogel. 73jährig verstarb in Berlin der Bildhauer Professor August Vogel, Mitglied der Akademie der Künste. Seine Mitarbeit am Reichstagsausbau hatte ihn zuerst einem grösseren Kreise bekannt gemacht.

+ + +  
Der "Besuch" bei Jost. Im Leipziger Landesverratsprozess gegen den Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn sagte am Donnerstag Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn-Berlin aus. Der Zeuge, der sich sehr um die Wiederaufnahme des Prozesses bemüht hat, gab eine Darstellung seiner Besprechungen mit dem inhaftierten Angeklagten. Er erzählte, dass Bullerjahn nicht nur seinen Freunden, sondern auch ihm gegenüber die ursprüngliche Absicht seines Besuches bei dem französischen Leutnant Jost zugegeben habe. Er teilte weiterhin mit, dass sich Bullerjahn bei diesem für den 7. Januar 1925 geplanten, dann aber nicht ausgeführten Besuch eine Ehrenerklärung besorgen wollte: Bullerjahn wollte sich von Jost bestätigen lassen, dass er nicht, wie bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken vermutet wurde, das Wittenauer geheime Waffenlager an die Alliierten verraten habe. Eine andere Darstellung der Vorgänge am 7. Januar 1925, die nach Bullerjahns Haftentlassung in einer Berliner Zeitung erschien, war nach den Aussagen des ersten Prozesses gestaltet.

+ + +  
250 Mann ertrunken! Etwa 40 Fischerboote mit insgesamt 250 Mann Besatzung sind bei dem Wirbelsturm an der japanischen Pazificküste gesunken.

+ + +  
Ein umstrittenes Urteil. Das Gericht in Douai (Nordfrankreich) entzog dem aus Polen stammenden Bergarbeiter Thomas Olzansky die französische Staatsbürgerschaft, die er seit dem Jahre 1922 besass. Olzansky, der den Krieg in der französischen Armee mitgemacht hat, ist als ehemaliger Bergarbeiter Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft. Seine besondere Aufgabe war die Entfaltung einer umfangreichen Werbetätigkeit unter den 80 000 in Nordfrankreich lebenden Bergarbeitern. Als Olzanskys Tätigkeit der Leitung der Bergwerke unbequem wurde, verlangte der Staatsanwalt von Douai, dass dem Sekretär die französische Staatsbürgerschaft aberkannt werde. Obwohl seine Tätigkeit nicht über den Rahmen der Gewerkschaftspropaganda hinaus, warf die Anklagebehörde dem Olzansky vor, "die innere und äussere Sicherheit Frankreichs gefährdet zu haben". Das Gericht, das sich im wesentlichen nur auf einige Zeitungsartikel und Versammlungsausserungen stützte, erkannte entsprechend dem Antrag. Namhafte französische Rechtsanwälte, Schriftsteller und Universitätsprofessoren (André Gide, Georges Duhamel, Charles Vildrac, Romain Rolland u.a.) haben gegen dieses Urteil protestiert, da mit ihm offenbar nur bezweckt werde, die Naturalisierten - im Gegensatz zu den gesetzlichen Bestimmungen aus dem Jahre 1884 - an der aktiven Gewerkschaftstätigkeit zu hindern. Der Apellationshof von Douai hat jetzt den Fall wieder aufgenommen.

+ + +  
Das unmenschliche Gesetz. Das Berliner Sondergericht, (Vorsitz Tolk) verurteilte einen 18-jährigen Gymnasiasten, der während des <sup>Berliner Arbeiter-</sup>BVG-Streiks, gemeinschaftlich mit anderen Personen, eine fahrende - nach seiner Bekundung leere - Hochbahn mit Steinen bewarf, wegen versuchter Transportgefährdung zu 4 Monaten Zuchthaus, umgewandelt in 6 Monate Gefängnis. Auf die Aussage des Angeklagten: "Ich handelte in einem ganz plötzlichen Affekt" fragte der Vorsitzende: "Hängt das mit Ihren kommunistischen Ideen zusam-

men?" Angeklagter: "Ueber den Zweck des Steinwurfs war ich mir nicht klar; er war vollkommen zwecklos." Der Vater des Angeklagten schilderte seinen Sohn als impulsiven Charakter, betonte aber, dass er sich nie etwas habe zuschulden kommen lassen. Er habe ein sehr weiches Herz; seine Leistungen in der Schule seien gut. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Zuchthaus. Der Verteidiger verlangte Freispruch; der Dummejungenstreich dürfe kein Leben gefährden. Der Angeklagte führte in seinem letzten Wort aus, dass er die Absicht hatte, nach Absolvierung des Gymnasiums Jura zu studieren. Müsse er seinen Streich mit Zuchthaus oder schwerem Gefängnis büssen, so würde er "wie ein altrömischer Sklave herumlaufen, dem sein Herr ein Zeichen in die Stirn gebrannt" habe... - Von besonderer Tragik ist, dass die Straftat des Angeklagten weniger Tage nach Vollendung seines achtzehnten Lebensjahres geschah. Mit seinem Geburtstag war er aus der Schutzzone des Jugendgerichtsgesetzes herausgekommen...

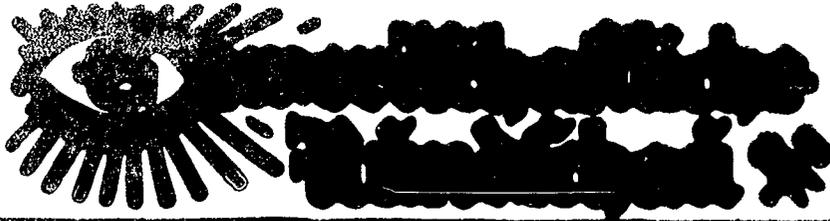
Das Sondergericht verurteilte ferner einen Schmied wegen Nötigung zu 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte, der selbst jede Schuld bestritt, soll in der Nacht vom 5. zum 6. November während des Berliner Verkehrstreiks in der Gitschinerstrasse durch Aufschichtung von Steinen und Eisenbahnschwellen beim Barrikadenbau mitgeholfen haben. Der Sachverständige erklärte, dass Transpirtgefährdung deshalb nicht vorliege, weil das Hindernis im Falle der Gefahr sofort bemerkt worden wäre.

Schliesslich bekam eine 28jährige Kaufmannsfrau von der Tolk-Kammer ein Jahr Zuchthaus. Die Angeklagte soll in Berlin-Moabit einen Stein gegen eine Strassenbahn geworfen haben. Sie bestritt - im Gegensatz zur eidlichen Bekundung eines Polizeiwachtmeisters - den Steinwurf, gab aber zu, dass sie sich durch ihre Anwesenheit in einer revoltierenden Menge - in Unkenntnis der rechtlichen Bedeutung - des Landfriedensbruchs schuldig gemacht habe. Die Verurteilung erfolgte "wegen versuchter Transportgefährdung und einfachen Landfriedensbruchs"; in der Urteilsbegründung betonte Landgerichtsdirektor Tolk, dass das Sondergericht nicht angenommen habe, dass die Angeklagte mit dem Stein den Führer der Strassenbahn habe treffen wollen. In diesem Falle hätte das Urteil auf 10 Jahre Zuchthaus lauten müssen.

+ + +  
2 Leichenkoffer... Im Fundbüro des Hauptbahnhofs von Neapel wurden zwei Koffer abgegeben, von denen der eine den Rumpf eines weiblichen Körpers und seinen von ihm abgetrennten Kopf, der andere die Gliedmassen enthielt. Das Gesicht des Kopfes war durch Beilhiebe vollkommen unkenntlich gemacht. Die Koffer waren in einem von Turin kommenden Zuge stehen geblieben.

+ + +  
Vor dem Tillich-Prozess. Am kommenden Mittwoch beginnt vor dem Schnellschöffengericht Berlin-Mitte die Verhandlung gegen den deutschnationalen Effektschieber Geheimrat Tillich aus dem Preussischen Wohlfahrtsministerium, den Makler Heinrich Holländer, den Kaufmann Dr. Adolf Borchardt, den Bergwerksdirektor Gustav Cordes, den Bankbeamten Leonhardt Kubberna und den Vorsitzenden des "Erwerbslosenverbandes", Wilhelm Brauser.

+ + +  
Sklarek-Nachspiel. Am Donnerstag vormittag begann vor der zweiten Zivilkammer des Berliner Landgerichts III der Prozess über die Schadenersatzklage der Stadt Berlin gegen den Kaufmann Moritz Rosenthal wegen leichtsinniger Kreditbewilligung an die Sklareks. Die Stadt Berlin verlangt von Rosenthal, der nach ihrer Meinung als Mitglied des Kreditausschusses seine Ueberwachungspflichten vernachlässigt haben soll, 100 000 Mark (+ Zinsen seit dem 25. September 1929) Schadenersatz. Kläger und Beklagte haben dem Gericht umfangreiche Schriftsätze eingereicht. Die nächste Verhandlung findet am 22. Dezember statt.



## Um den Schutz der Jugend.

---

SPD. Die arbeitende Jugend braucht besseren Jugendschutz. Sie fordert Sicherung einer ordnungsmässigen Ausbildung während der Lehrzeit. Sie verlangt das Verbot der Nacharbeit, der Ueberstunden, gefährlicher und gesundheitsschädlicher Arbeiten, und sie erwartet, dass ihr künftig gesetzlich gewährleistete Ferien gewährt werden. Die Jugend verlangt aber auch Arbeit! Hunderttausende junger Menschen sind ohne Ausbildungsmöglichkeit und ohne Verdienst. Arbeit! Arbeit! ist der Schrei, der erhoben wird. Arbeit! ist eine wichtige Jugendschutzforderung.

Die Freien Gewerkschaften sind sich der Nöte der jungen Generation bewusst. Sie haben durch zähe Arbeit in den Tarifverträgen Rechte für Lehr- linge und junge Arbeiter festlegen können, höhere Lehrlingslöhne und Ur- laub erkämpft, sie haben für Verbesserung der Berufsausbildung gesorgt und gefordert, dass durch Arbeitsbeschaffung und Schulungsmassnahmen die drin- gendsten Nöte der erwerbslosen Jugend gelindert werden. Jetzt ist ein reak- tionäres Unternehmertum dabei, im Bund mit den Reaktionärer in den Regierun- gen der Jugend Stück für Stück das von den Gewerkschaften eroberte Recht zu entreissen. Lehrstellen ohne jede Entlohnung werden angeboten, ja von der Gewährung eines Darlehens an den Unternehmer abhängig gemacht.

Die Gewerkschaften machen Front gegen diese Bestrebungen. Jedes Stück- chen eroberten Rechtes wird verteidigt. Eltern, ihr müsst hierbei Helfer sein! Achtet auf Innehaltung der im Tarif- oder Lehrvertrag festgelegten Bestimmun- gen, unterrichtet die Gewerkschaft über jeden Verstoss, damit dagegen vor- gegangen werden kann.

Auch in der Krisenzeit und gerade jetzt müssen die Jugendschutzbestimmun- gen durchgeführt werden. Jeder hat seine Kraft dafür aufzubieten und in Ver- bindung mit der Gewerkschaft die der jungen Generation zustehenden Rechte zu wahren. Einmütigkeit aller Arbeiter hierbei tut not. Im gemeinsamen Wirken für die Jugend wird das von den Gewerkschaften bereits eroberte Gebiet des Jugendrechtes und Jugendschutzes für Lehrlinge und junge Arbeiter gesichert werden.

\* \* \*

Seit langem wird gegen das Handwerk der Vorwurf erhoben, es lebe von der billigen Arbeitskraft seiner Lehrlinge. Die Tatsache, dass unter dem Heer der Arbeitslosen die Zahl der in einem Handwerk ausgebildeten jungen Menschen immer mehr anwuchs, während auf der andern Seite die Nachfrage nach Lehr- lingen für das Handwerk sich bis vor kurzem nur in gleicher Stärke halten konnte, schien diesen Vorwurf zu rechtfertigen. Besonderes Interesse verdient daher ein Versuch des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, das Berufsschicksal von Handwerkslehrlingen nach Beendigung der Lehre zu er- gründen und statistisch festzulegen. Dieser Versuch wurde in Verbindung mit dem Generalsekretariat der Katholischen Gesellenvereine durchgeführt. Wenn sich die Enquete auch nur auf 314 Berufsschicksale von Handwerkslehrlingen stützt, so kann man vielleicht doch aus ihrem Ergebnis einige Schlüsse ziehen. Bemerkenswert ist zunächst die Feststellung, dass ein volles Drittel

aller Lehrlinge innerhalb eines Monats nach Beendigung der Lehrzeit aus der Arbeit bei seinem Lehrherrn ausscheiden musste; 9% blieben 1 bis 3 Monate in der Lehrstelle, 13% 3 bis 6 Monate, 18% 6 bis 12 Monate, und länger als ein Jahr blieben 26%. Selbstverständlich hängt der Prozentsatz der sofort entlassenen Lehrlinge mit der Ungunst der wirtschaftlichen Lage in den einzelnen Jahren aufs engste zusammen. So ist 1926 der Prozentsatz der unmittelbar nach der Lehrzeit entlassenen Lehrlinge relativ gering (21%), um im Jahre 1931 auf 48% anzusteigen.

Die Untersuchung kommt im wesentlichen zu folgendem Ergebnis: Ein gewisser Stamm von Handwerksgesellen behauptet mit Beharrlichkeit seinen Arbeitsplatz, eine zweite Gruppe arbeitet vorübergehend bei zeitweiliger Zunahme der Arbeitsmöglichkeiten, und eine dritte Gruppe kann überhaupt nicht mehr an die Arbeit herankommen.

"Richtig ist", so betont die Enquete, "dass beinahe die Hälfte aller Lehrherren in den letzten Jahren die Lehrlinge gerade nur für die vereinbarte Zeit der Lehre behalten hat. Da bis vor einem Jahr etwa die Nachfrage nach Lehrlingen in gleicher Weise fortbestanden hat, lässt sich folgern, dass die nach der Ausbildung zur Entlassung gekommenen Lehrlinge zum grössten Teil sofort durch jüngere Lehrlinge ersetzt worden sind. Man mag daher mit einer gewissen Berechtigung davon sprechen, dass das Handwerk von der billigen Arbeitskraft der Lehrlinge lebt. Demgegenüber ist aber auch zu beachten, dass nicht immer der Lehrherr schuld hat, wenn der Lehrling seine Stelle verliert. Es darf ferner nicht übersehen werden, dass trotz der anerkannt schlechten Lage, in der sich das Handwerk in den vergangenen Jahren im allgemeinen befunden hat, im Jahre 1930 38% und im Jahre 1931 37% aller Lehrlinge nach Abschluss der Lehrzeit noch über ein halbes Jahr bei dem Lehrherrn in Arbeit bleiben konnten. Es ist gewiss in vielen Fällen dem Verantwortungsbewusstsein der Meister gegenüber den von ihnen ausgebildeten jungen Leuten zuzuschreiben, wenn sie den letzteren in einer längeren Übergangzeit Gelegenheit gegeben haben, sich ein anderes Unterkommen zu suchen."

Das Ergebnis dieser Untersuchung kann natürlich nur einen bedingten Wert haben. Es ist jedoch immerhin von Interesse, und es deckt sich im grossen und ganzen auch mit der bei den freien Gewerkschaften herrschenden Auffassung, dass man dem Handwerk nicht in Bausch und Bogen vorwerfen kann, es werfe rücksichtslos die Ausgelernten auf die Strasse.

---

SPD. In der Porzellanfabrik Johann Seltmann in Weiden nahm die Belegschaft den Abwehrkampf gegen den notverordneten Lohnabbau auf. Sie ging am 16. November nicht mehr in den Betrieb. Die Belegschaft - es kommen insgesamt 450 Personen in Frage - sah keine andere Möglichkeit der Beilegung des Konflikts, da Verhandlungen nicht wie in anderen Betrieben zu einem Ergebnis führten. Der Bürgermeister von Weiden bot seine Vermittlung an.

Zu dem Familienunternehmen Johann Seltmann in Weiden gehört auch der von einem Seltmann durch Schutzkonkurrenz niedergebrachte Glashetrieb Marienhütte in Köpenick.

---

SPD. Dem Angestelltenpersonal der Heilstätten Roderbirken und Denklingen der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz wurde vorsorglich gekündigt, weil das Reichsversicherungsamt der Landesversicherungsanstalt nahegelegt hat, ihre Leistungen um 20 % zu kürzen.

Die Barone der Reichsregierung und die hinter ihnen stehenden "feinen Leute" brauchen natürlich keine solche Heilanstalten. Sie wissen nicht, was

was sie tun. Aber ebendeshalb wird es allmählich höchste Zeit, dass mit der Baronspolitik, die nur im Abbau wichtiger sozialer Einrichtungen stark ist, aufgeräumt wird. Im übrigen kann das Reichsarbeitsministerium aus solchen Vorgängen erkennen, wie berechtigt die Forderung der Gewerkschaften ist, die Einengung der freiwilligen Leistungen in der Invaliden-Versicherung wieder aufzuheben.

---

SPD. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes trat am Donnerstag in Berlin unter dem Vorsitz von Citrine-Grossbritannien zusammen. An der Sitzung nehmen sämtliche Vorstandsmitglieder teil: Jacobsen-Dänemark, Jouhaux-Frankreich, Leipart-Deutschland, Mertens-Belgien, Tayerle-Tschechoslowakei, der Generalsekretär Schevenels sowie Smit für die Angeordneten.

Der Vorstand beschäftigte sich zunächst mit der Stellung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zum Vertrag von Ouchy, durch den Belgien, Luxemburg und Holland einen bedeutsamen Vorstoß gegen den Hochprotektionismus unternommen haben. Der Bericht der gemeinsamen Konferenz, die unter dem Vorsitz der gewerkschaftlichen und politischen Internationale in Amsterdam tagte, wurde gutgeheißen; dem Sekretariat wurde Vollmacht erteilt, die einschlägigen Fragen aufmerksam weiter zu verfolgen.

Bereits im Frühjahr 1933 wird, wie der Vorstand beschloss, im Zusammenhang mit der Internationalen Arbeitskonferenz der Ausschuss des IGB zu einer gemeinsamen Tagung mit den internationalen Berufssekretariaten einberufen werden. Termin und Tagungsort der Ausschusssitzung werden im Januar festgelegt.

Der Kongress des IGB wird in der Zeit vom 30. Juli bis zum 3. August 1933 in Brüssel abgehalten. Er wird sich mit den sozialpolitischen Richtlinien des IGB und insbesondere mit einer Vorlage über planwirtschaftliche Forderungen des IGB befassen. Der Entwurf dazu fand bereits die grundsätzliche Zustimmung der Vorstandssitzung. Im Dezember wird der Vorstand einen Sachverständigenausschuss einberufen, sodass die endgültige Formulierung der Vorlage im Januar vorliegen kann.

Im übrigen beschäftigte sich der Vorstand am Donnerstag mit den gewerkschaftlichen Verhältnissen in Argentinien und Jugoslawien.

Die Beratungen werden am Freitag vormittag fortgesetzt; am Nachmittag wird der gesamte Vorstand des JGB Hermann Müller-Lichtenberg das letzte Geleit geben.

---

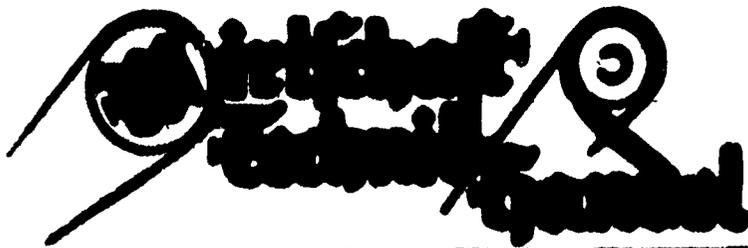
SPD. Der von der RGO und NSDAP geführte Streik bei den Zeiss-Ikonwerken in Berlin, der etwa 4 Wochen gedauert hat, ist nunmehr abgebrochen worden. Da die Aufträge für das Filmwerk inzwischen noch mehr zurückgegangen sind, hat sich die Direktion entschlossen, neben der Einführung der 40 Stundenwoche noch 130 Arbeitnehmer zu entlassen.

Die Nazi-Kozistreibfront hat also wieder einmal einen vollen "Erfolg" erzielt.

---

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat den Schlichtern Richtlinien für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Arbeitszeit bei der Durchführung der Verordnung vom 5. September (Tarifunterschreitung) zugehen lassen.

---



## Der Kontingentierungsrummel.

### Rückgang der Auslandsaufträge und Rückgang der Beschäftigung infolge der Kontingentierungspläne.

SPD. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten setzt sich in seinem Bericht über die Entwicklung während des Monats Oktober heftig mit dem Kontingentierungswahnsinn der Regierung Papen auseinander. Die Maschinenindustrie muss feststellen, dass im Inlandsgeschäft eine Erhöhung des Auftrags-eingangs zu verzeichnen ist. Dagegen gingen die Aufträge aus dem Auslande zurück. Der im September erreichte Durchschnitt der Wochenarbeitszeit von 40 Stunden sank auch im Oktober um eine halbe Stunde. Der Beschäftigungsgrad verringerte sich von 32 auf 31 % der Normalbeschäftigung.

Das sind böse Feststellungen, gerade in einer Zeit, wo sich die Wirkungen des Papenplans bemerkbar machen sollen. Das Gegenteil von dem ist eingetreten, was die Maschinenindustrie und mit ihr Hunderttausende von Maschinenbauern erhofften. Selbstverständlich ist eine solche Entwicklung kein Zufall.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten ist der Auffassung, dass eine steigende Aufnahmefähigkeit für Maschinen auf dem Weltmarkt vorhanden ist. Aber die Ausnützung der günstigen Absatzmöglichkeiten für die deutsche Maschinenindustrie wird durch die deutsche Handelspolitik und insbesondere durch die Kontingentierungspläne verhindert. Die deutsche Maschinenindustrie muss mitteilen, dass die aufgenommenen, oft schon unmittelbar vor dem Abschluss stehenden Verhandlungen durch die ausländischen Kunden unter Hinweis auf die deutschen Kontingentierungsabsichten abgebrochen wurden. Es wurde sogar versucht, mit derselben Begründung bereits erteilte Aufträge zurückzuziehen. So sehen also die Wirkungen des Kuckuckseis aus, das die von den Nazis inspirierten Deutschnationalen unserer Handelspolitik ins Nest gelegt haben.

Aus seinen Feststellungen zieht der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten Konsequenzen, die vollste Beachtung verdienen: "Die einsetzende Belebung des Inlandsmarkts wird durch die Beeinträchtigung der Ausfuhr mehr als aufgehoben. Das muss für die Reichsregierung ein Zeichen sein, von der Durchführung der Kontingentspläne endgültig abzusehen. Die Reichsregierung muss die erforderliche Rücksicht auf die schwierige Lage der deutschen Industrie in ihrem Kampfe um Deutschlands Stellung auf dem Weltmarkt nehmen. Export und Binnenmarkt sind keine Gegensätze. Förderung der Ausfuhr bedeutet die wünschenswerte Stärkung des Binnenmarktes. Die Stärke des Binnenmarktes beruht weitgehend auf der Kaufkraft der industriellen Arbeiterschaft. Ohne die Kaufkraftstärkung ist eine Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft nicht möglich."

Hier wird unter dem Zwang der Not von Unternehmerseite gesagt, was Sozialdemokratie und Gewerkschaften gegenüber einer unvernünftigen Handelspolitik und dem wahnsinnigen Lohnabbau seit Jahren betont haben. Gesagt wird die Wahrheit allerdings in einem Augenblick, wo höchste Gefahr am Mann ist. Wir denken dabei nicht nur an den, von den Nazis mit unverdauten Theorien

angefachten Kontingentierungsrummel. Wir denken dabei vor allem an die ganze weltwirtschaftliche Lage. Ohne Zweifel setzen sich in der Weltwirtschaft nicht zu verkennende Belebungen durch. Wir hoffen, dass diese Belebungen auf Deutschland übergreifen, auch die deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringen. Aber dieses Uebergreifen ist unmöglich, wenn wir in Deutschland eine Regierung haben, die die Belebung von vornherein durch eine unzwckmässige Handelspolitik und einen unvernünftigen Lohnabbau drosselt. Jede Regierung, die das Gebot der Stunde derart verkennet, muss verschwinden - im Interesse der Wirtschaftsbelebung.

-----

SPD. Um die Einfuhrkontingentierung landwirtschaftlicher Artikel durchzusetzen, haben die Interessenten vielfach mit falschen Darstellungen und falschen Statistiken gearbeitet. So wandte sich z.B. eine grosse Wirtschaftsorganisation an den Reichspräsidenten von Hindenburg mit einer Eingabe, in der betont wurde, dass in einer bestimmten Zeit in Berlin jeden Tag 15 Waggons holländische Tomaten eintreffen, während die deutsche Landwirtschaft ihre Tomaten nicht loswerden könne. Nachforschungen haben ergeben, dass in der fraglichen Zeit überhaupt keine holländische Tomate nach Berlin gekommen ist und auch nicht nach Berlin kommen konnte, weil die Fracht von Holland nach Berlin etwa 6 Mark ausmacht, während für Tomaten in Berlin im besten Falle 1 Mark pro Zentner zu erzielen war. Diese falsche Darstellung soll von der Wirtschaftsabteilung der Nationalsozialistischen Partei stammen und zwar sind dafür 2 sogenannte theoretische Gärtner verantwortlich zu machen, die aus ihrer Fachorganisation herausgesetzt wurden, weil sich ihre Tätigkeit als allzu kostspielig herausstellte.

Das ist ein Beispiel dafür, mit welchem Leichtsinn die ganze Kontingentierungspolitik eingeleitet worden ist. Von diesem Vorwurf bleibt gerade der gegenwärtige Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun nicht unberührt. Bei seiner ganzen Politik hat sich dieser seltsame Reichsernährungsminister nur davon leiten lassen, den Wünschen der Interessenten nach höheren Preisen Rechnung zu tragen. Darum, wie das deutsche Volk mit den nötigen und billigen Waren versorgt wird, hat er sich keinen Augenblick gekümmert. Die Frage der Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes ist von vornherein völlig ausgeschaltet worden. Er hat sich auch keinen Augenblick darüber den Kopf zerbrochen, wie der Bedarf in Deutschland, falls die Kontingentierung kommt, gedeckt werden kann. Seine Ratgeber waren die Interessenten. Das Reich und Preussen haben eine Reihe von Instituten, die sich mit der Marktlage für landwirtschaftliche Artikel wissenschaftlich beschäftigen. Sie hätten dem Minister sagen können, wie problematisch seine ganzen Kontingentierungsprojekte sind. Sie hätten wissenschaftlich nachweisen können, dass die Kontingentierung nicht durchführbar ist. Der Minister hat sie aber während der sechs Monate, wo über Kontingentierung debattiert wird, auch nicht einmal gefragt. Also rein autoritäre Kontingentierungspolitik, d.h. Interessentenpolitik.

Mit Recht verweisen die Fachleute darauf, dass bei Durchführung der Kontingente eine Katastrophe in der deutschen Ernährungswirtschaft eintreten muss. Die Kontingente würden z.B. den deutschen Gemüsebau vor Aufgaben stellen, die er vorläufig noch nicht meistern kann. Man hat eben aus der blauen Luft heraus Forderungen aufgestellt, von denen man nicht weiss, wie sie durchzuführen sind.

Vielsagend ist die Tatsache, dass sich der Reichslandwirtschaftsminister erst jetzt dazu entschlossen hat, statistische Grundlagen für die Obstversorgung in Deutschland zu schaffen. Erst jetzt ist die Bestimmung herausgegangen, nach der in der Zeit von Dezember 1932 bis April 1933 eine allgemeine

Obstbaumzählung stattfinden soll. Diese Erhebung hätte im Anfang jeder Kontingentierungspolitik stehen müssen. Ihr Ausfall hätte sicherlich ganz anders über die Kontingentierung denken gelehrt. Aber wissenschaftliche Gründlichkeit halten die regierenden Leute in Deutschland nicht mehr für angebracht. Man regiert vielmehr autoritär, mit Herrenreitermanieren. Das Land zahlt aber hinterher die Zeche.

---

SPD. Die Berliner Börse stand am Donnerstag unter dem Eindruck der Gerüchte, dass in kürzester Zeit mit dem Rücktritt des Reichskanzlers zu rechnen sei. Die Börse nahm diese Nachricht mit einer gewissen Befriedigung auf. Man ist der Meinung, dass durch den Rücktritt des Reichskanzlers ein schlimmer Unsicherheitsfaktor aus unserem Wirtschaftsleben ausgeschaltet wird. Die Börse hat sich mit der Zeit nicht gegenüber Befürchtungen verschliessen können, dass es nicht dem Wohle der Wirtschaft dient, wenn gewisse Herrenreitermanieren auf den Wirtschaftsapparat übertragen werden.

Der Aktienmarkt war schwankend, aber durchaus widerstandsfähig. Siemens z.B. notierten mit 117,5 nach 118 $\frac{1}{4}$ , stiegen dann auf 119,5 und schlossen mit dem Anfangskurs. Farben gingen von 93 auf 94 $\frac{1}{2}$  und schlossen mit 94.

Schwächer lag der Markt der festverzinslichen Papiere. Hier wirkte aber nicht das Gerücht vom Rücktritt des Reichskanzlers, sondern massgebend waren enttäuschte Hoffnungen hinsichtlich der grossen Kluft, die zwischen den grossen Worten der Regierung Papen bei ihrem Antritt und ihren Taten vorhanden ist. Die Papensteuerscheine blieben allerdings unverändert, weil hier, aus Prestige Gründen, ununterbrochen stark gestützt wird. Reichsbahn schloss mit 92. Reichsschuldbuchforderungen verloren 1 %. Besonders stark war der Abfall bei der Verkehrsanleihe, die mit 65 nach 68 notiert wurde. Die Hilferdinganleihe hielt sich mit 88 nach 89 $\frac{3}{4}$  weitaus besser. Pfandbriefe und Kommunalobligationen büssten 1 bis 2 % ein.

---

SPD. In der Filmindustrie kracht's und die Tonbildsyndikat A.G. (Tobis) ist davon nicht verschont geblieben. Die deutsche Tobisgesellschaft ist u.a. von den Schwierigkeiten der holländischen Tpbisgesellschaft und des Küchenmeisterkonzerns beeinflusst worden. An sich hätte der Betriebsüberschuss des Jahres 1931/32 nach Vornahme der normalen Abschreibungen einen anständigen Gewinn übrig gelassen. Es mussten aber sehr hohe ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen werden. Der Vergleich mit den holländischen Gesellschaften brachte einen Gesamtverlust von 2,6 Millionen Mark. Die Schuldner, die in der Vorjahrsbilanz mit 6,8 Millionen Mark ausgewiesen waren, erforderten Abschreibungen von nicht weniger als 5 Millionen Mark. Darin sind Verluste bei zusammengebrochenen Filmunternehmen (Emelka, Deutsches Lichtbildsyndikat) enthalten. Schliesslich musste auch auf Beteiligungen (Ultraphton!) mehr als eine Million Mark abgeschrieben werden. Um diese hohen Abschreibungen vornehmen zu können, werden die 1,2 Millionen Mark Aktien, die die Tobis aus dem Vergleich mit den holländischen Gesellschaften erhalten hat, eingezogen. Das Restkapital von 10,8 Millionen Mark wird auf die Hälfte, auf 5,4 Millionen Mark zusammengelegt. Die vom Reiche subventionierte Commerz- und Privatbank erleidet aus ihrer Aktienbeteiligung an der Tobis einen neuen Millionenverlust.

---

Geschäft mit Stützungsstellen.

(Berliner Getreidebörse vom 17. November.)

SPD. Das Angebot ist nach dem Busstag bedeutend stärker geworden, während andererseits der Mehlmarkt von einer Weihnachtsbelebung nichts verspüren lässt. Die Mühlen waren am Donnerstag sogar zu weitgehenden Konzessionen bereit, um mehr ins Geschäft zu kommen. Nach Lage der Dinge bedeutet das stärkere Angebot, dass die Stützungsstellen kaufen müssen. Dabei müssen die Anbieter neuerdings erleben, dass die Stützungsstellen die Preisbasis unterschreiten. So wurde am Donnerstag Weizenangebot am Promptmarkt zu um 1 und 2 Mark verringertem Preis aufgenommen. Der stärker angebotene Weizen am Lieferungsmarkt ging wohl ausschliesslich in den Besitz der Stützungsstellen über. Trotzdem verringerten sich die Dezembernotierungen um  $1\frac{1}{2}$  Mark. Die Abschwächungen in Roggen waren geringer. Am Promptmarkt kauften die Stützungsstellen vorbörslich und während der Börse.

	<u>15.11.</u>	<u>17.11.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	199 - 201	197 - 199
Roggen	157 - 159	156 - 158
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	132 - 136	129 - 134
Weizenmehl	24,40 - 27,40	24,40 - 27,25
Roggenmehl	20,25 - 22,50	20,20 - 22,50
Weizenkleie	9,35 - 9,70	9,35 - 9,70
Roggenkleie	8,60 - 8,95	8,55 - 8,85

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 208 - 207 $\frac{1}{2}$  (Vortag 209 $\frac{1}{2}$ ), März 210 - 209 $\frac{1}{2}$  (210 $\frac{3}{4}$ ), Mai 214 $\frac{1}{2}$  - 213 $\frac{1}{2}$  (215). Roggen Dezember 166 $\frac{1}{2}$  (166 $\frac{3}{4}$ ), März 170 - 169 $\frac{1}{2}$  (170 $\frac{1}{2}$ ), Mai 174 - 173 $\frac{1}{2}$  (174). Hafer Dezember - (-), März 137 + Brief (-), Mai 141 $\frac{1}{2}$  (-).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 17. November. A. Inlandseier: 1. Deutsche Handelsklasseneier, vollfrische, Sonderklasse 65 g und darüber 14,25, Grösse A, unter 65 - 60 g 13,50, Grösse B unter 60 - 55 g 12,75, Grösse C unter 55 - 50 g 10,50, Grösse D unter 50 - 45 g 8,75. Frische Eier Sonderklasse 13,75, A 13, B 12,25, C 10, D 8, sortierte frische Eier 11,50, unsortierte 11, abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 7,25 - 7,75. - Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 14, 17er 13,50, 15 $\frac{1}{2}$  - 16er 13, leichtere 9 - 9,75, Finnländer, Estländer und ähnliche Sorter 18er 13,50, 17er 14, 15 $\frac{1}{2}$  - 16er 12,50, Litauer grosse 12 - 12,50, Rumänen 8,75 - 9,50, Ungarn 9 - 9,50, Jugoslawen 9 - 9,50, Russen normale 8,25 - 8,75, abweichende 7,50, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7. Ausländische extra grosse 10 - 10,50, grosse 8,50 - 9, normale 7,50 - 7,75. Kalkeier: grosse 8, normale 7,25, Argentinier 10. Witterung: schön. Marktlage behauptet.

### Schadenersatzansprüche.<sup>X</sup>

SPD. Als ich neulich in einem Hause einen Besuch machen wollte, hörte ich, wie zwei Frauen auf der Treppe laut miteinander stritten. Die eine, ich kannte sie, Frau Klein, hielt in der Hand einen Hut, der vielleicht einmal schön gewesen war, jetzt aber von schmutzigem Wasser triefte. "Den müssen Sie mir ersetzen!" rief Frau Klein zornig. Auf diesen Ersatz hatte sie auch ein Recht, denn das schmutzige Wasser war ihr auf den Kopf gelaufen, als Frau Müller, die andere Frau, ihren Kücheneimer mit Schmutzwasser aus dem Fenster auf die Strasse ausgegossen hatte. Dass man das nicht darf, weiss ja jede Hausfrau. Also Frau Müller musste den Schaden ersetzen, und Frau Klein konnte wählen, ob Sie einen neuen Hut von entsprechendem Werte haben wollte oder das Geld dafür. Sie hätte auch verlangen können, dass der verdorbene Hut wieder zurecht gemacht würde, wenn das möglich war. Die gesetzlichen Bestimmungen lauten nämlich dahin, dass jemand, der einen Schaden angerichtet hat und zum Ersatz verpflichtet ist, den Zustand wieder herzustellen hat, der bestehen würde, wenn der Umstand, der den Schaden verursacht hat, nicht eingetreten wäre. Dieser alte Zustand würde in vorliegendem Falle bestehen, wenn Frau Klein durch Frau Müller den beschädigten Hut wieder tadellos zurecht gemacht oder einen gleichen Hut an seiner Stelle erhielte. Aber das Gesetz sagt weiter: der Beschädigte kann statt der Herstellung den dazu erforderlichen Geldbetrag verlangen. Frau Klein verlangte Geld für den Hut, und Frau Müller musste dies Geld zahlen. Frau Klein hätte auch sagen können: "Wenn Sie mir den Hut nicht bis zu dem und dem Tage zurecht machen lassen, will ich das Geld dafür haben." Auch das steht dem Geschädigten, den das Gesetz als Gläubiger bezeichnet, frei, zu bestimmen, dass die Herstellung in einer "angemessenen Frist" erfolgen soll, andernfalls eine Geldzahlung.

Mehr als den wirklichen Wert der beschädigten Sache darf man jedoch nicht verlangen. In einem derartigen Falle war einmal einem Manne eine Taschenuhr beschädigt worden, die nicht mehr gut ging, aber ein Andenken an seine verstorbene Mutter war. Er verlangte einen höheren Ersatz, weil ihm die Uhr als Andenken besonders wertvoll war, kam damit jedoch nicht durch, denn dieser nur für ihn vorhandene persönliche Wert - der "Liebhaberwert" - ist nicht zu ersetzen, kann ja auch tatsächlich nicht ersetzt werden. Anders wäre es wieder, wenn der Wert der Uhr als Andenken nicht für den Mann selbst bestanden hätte, sondern die Uhr vielleicht der Mutter eines Andern gehört hätte, von dieser immer getragen worden wäre, und dieser Andere sie dem gegenwärtigen Besitzer für einen höheren Preis hätte abkaufen wollen. Diese Absicht konnte er nach der Beschädigung der Uhr nicht mehr ausführen, und jetzt müsste derjenige, der die Uhr beschädigt hat, dem Manne, der sie mit Gewinn hätte verkaufen können, auch den verlorenen Gewinn ersetzen. Er müsste also einen so hohen Betrag leisten, wie ihn der Andere gezahlt hätte, der die Uhr als Andenken an seine Mutter teuer hatte kaufen wollen. Das Gesetz sagt, dass auch für entgangenen Gewinn eine Schadenersatzpflicht besteht.

Wenn dagegen eine Sache besonders wertvoll ist und vielleicht sehr leicht zerbrechlich, wenn ich also etwa ein besonders feines und teures Glas

jemandem zum Trinken gebe und ihn nicht darauf aufmerksam mache, dass er damit sehr vorsichtig sein muss, so trifft mich selbst ein Verschulden, wenn nun das Glas beschädigt wird, besonders wenn ich es dem Benutzer vielleicht nicht vorsichtig hingegeben habe. Soweit man selbst an dem Schaden in irgend einer Weise mitschuldig ist, wird die Höhe des Schadenersatzes jedesmal danach berechnet, wie weit der eine oder der andere Teil die Schuld an dem Schaden trägt.

Schliesslich will ich noch einen besondern Fall erzählen, den ich selbst einmal erlebt habe. Eine wohlhabende Dame hatte ein Kleid von ihrer Schwester aus Paris geschickt bekommen, das nach der allerneusten Mode war. Dieses Kleid war ihr durch die Unvorsichtigkeit eines Kellners in einem Gasthause beschädigt worden, der ihr Bratensauce darauf gegossen hatte. Sie wollte durchaus das Kleid, auf das sie stolz war, wieder so zurecht gemacht haben, wie es vorher gewesen war, und das hätte nur bei dem gleichen Schneider, der es angefertigt hatte, in Paris geschehen können, hätte aber mit Hin- und Herschicken viel mehr gekostet, als das Kleid noch wert war. Der Kellner weigerte sich und wollte den Ersatz in Geld zahlen. Dazu war er berechtigt, denn, "wenn die Herstellung nur mit unverhältnismässigen Aufwendungen möglich ist", kann der Ersatzpflichtige den Schadenersatz in Geld leisten.

Das sind wohl die Fälle, die am häufigsten im Leben vorkommen.

Henni Lehmann.

---

### Die Todverkünderin.<sup>x</sup>

---

SPD. Das Getuschelt im Orte wurde immer stärker. Man sprach von der Katharine Zerrissen, die es wohl nicht mehr lange machen werde. Willi, der vierzehnjährige Sohn der Kranken, litt unsäglich unter dem dumpfen Drucke dieser Gerüchte; er hing mit schwärmerischer Liebe an seiner Mutter.

"Wie lange wird es dauern, bis die Nachenmarie von sich hören lässt?" fragte eines Tages eine Nachbarsfrau, die im Gespräch mit einer andern auf dem Vorhof stand. Der vorübergehende Willi fing diese Worte auf. Er wurde bleich und zitterte vor Entsetzen. Ganz verstört kam er nach Hause. "Was hast du, Kind?" fragte Tante Emma, die das Haus besorgte und die Kranke pflegte, erschrocken. Sie liess den Jungen andern Tages nicht zur Schule gehen, da er nichts essen wollte und erschrecklich gelb aussah. Nachts überwachte die Tante bisweilen seinen Traum. "Nachenmarie!" stiess der Knabe, wie vom Alldruck geplagt, ein paar Mal hervor.

Dr. Gutmann, der Arzt, der täglich an das Krankenbett der Mutter kam, musste auch nach dem Kinde sehen. "Sagen Sie", wandte er sich an dessen Tante, "ich habe nun schon mehrmals von der geheimnisvollen Nachenmarie reden hören. Was für eine Bewandnis hat es mit dieser Frauensperson?" - Dr. Gutmann war erst seit vier Wochen im Orte; er hatte die Vertretung des ständigen Arztes übernommen, der in einer Familienangelegenheit auf zwei Monate hatte verreisen müssen.

"Ich weiss nicht, was ich von der Dorfhexe halten soll", erwiderte die Gefragte bekümmert. "Man sagt ihr das zweite Gesicht nach. Sie soll voraussehen oder ahnen, wenn jemand im Orte stirbt. Dann geht sie zu ihrem Bruder, dem alten Alois Rohr, der hier in der Nähe, im übernächsten Hause, eine Schreinerei hat, und veranlasst ihn, einen Sarg zu zimmern. Wenn nun die Nachbarn das Geräusch der Benagelung des Sarges vernehmen, so bedeutet dies das Signal für die ganze Einwohnerschaft, dass innerhalb weniger Tage jemand sterben müsse."

"Ja, verwirklicht sich denn diese kuriose Todesvoraussage immer?"

"Merkwürdigerweise hat bisher jedesmal der ohne Bestellung gezimmerte

Sarg innerhalb von acht Tagen seinen Inhaber gefunden."

Der Arzt schüttelt den Kopf. "Es ist doch eine dumme Wahrsagerei und dazu eine gefährliche, denn sie kann zu ungeheuren seelischen Belastungen der Kranken führen. Die Frau macht sich vielleicht selber etwas vor, und wenn einer im Städtchen todkrank ist, so gehört ja auch nur ein wenig Witterung und Spioniererei dazu, um ungefähr den richtigen Zeitpunkt für die Prophezeiung seines Ablebens zu erraten!"

"Witterung, das ist es", stimmte die Tante zu und wurde sehr nachdenklich. "Wahrhaftig, Witterung hat sie, - mehr als wir Andern freilich...."

Der Zustand des Knaben wurde schlimmer. Schwere nervöse Störungen machten sich bemerkbar. Oft sprach er im Fieber. Nach einer schlaflosen Nacht kreischte er plötzlich frühmorgens wild auf: "Das Zeichen der Nachenmarie! Hört ihr nicht das Klopfen und Nageln?" Er gebärdete sich wie wahnsinnig, wühlte den Kopf in die Kissen und steckte die Finger in die Ohren. Nur mit Mühe konnte ihn die Tante beruhigen. Sie liess sogleich den Arzt holen. Als sie dann einmal aus dem Fenster schaute, hörte auch sie das regelmässige, feine, nervenpeinigende Geräusch, das ihr das Blut in den Adern stocken liess. Der Schreiner nagelte einen Sarg. In diesen Tagen musste also jemand sterben. Wer konnte es anders sein als die Schwester?! Flatternd vor Aufregung bat sie den Arzt in ein abgelegenes Zimmer und beschwor ihn, ihr die reine Wahrheit zu sagen, wie es um die Kranke stehe. "Sie können sich auf das verlassen", erwiderte Dr. Gutmann fest, "as ich Ihnen schon mitteilte. Der Zustand Ihrer Schwester ist durchaus nicht besorgniserregend und gibt zu Befürchtungen keinerlei Anlass; es sei denn, dass eine Verschlimmerung ihrer Herzmuskelchwäche eintritt. Damit ist aber nicht zu rechnen. Auf alle Fälle müssen wir die Kranke natürlich vor jeder Aufregung bewahren und verhindern, dass irgendetwas von diesen irrsinnigen Gerüchten ihr zu Ohren kommt. Halten Sie also Besuche unbedingt fern!"

Als der Arzt das Haus verlassen hatte, bemerkte er überall Gruppen von Menschen in den Strassen, die mit heimlichen Gebärden und verhaltener Erregung aufeinander einsprachen. Scheue Blicke nahmen die Richtung, in der das Haus des Schreiners Rohr lag. Von dort drang das monotone, peinigende Klopfen unablässig herüber. Unsichtbar hinter der Hausfront stand jemand - war es der Knochenmann selber? -, der ohne Pause den Hammer schwang und die Nägel ins Holz trieb. Dr. Gutmann, rot vor Zorn, riss die Tür zur Werkstatt des Schreiners auf. Ohne zu grüssen, schrie er den emsigen Alten an: "Was machen Sie da?" Der Greis hob schwerfällig den hässlichen Kopf und musterte den Eindringlich: "Einen Sarg, wie Sie sehen", antwortete er bedächtig. "Für wen? Es ist niemand im Orte gestorben!" schnauzte ihn der Arzt an. Der Alte blieb vollkommen gleichgültig. "Aber es wird jemand sterben", sagte er ruhig und schickte sich an, den nächsten Nagel einzuhämmern. Der Arzt fiel ihm in den Arm. "Wenn Sie noch einen Schlag tun, werde ich Ihnen das Handwerk für immer legen. Verstehen? Es gibt Mittel und Wege, diesen Unfug zu strafen. Ich bringe Sie vors Gericht. Verlassen Sie sich darauf!" Der Schreiner legte den Hammer hin und blickte auf eine eigentümliche Art den Arzt von der Seite an. Wortlos trollte er sich.

Danach begab sich Dr. Gutmann auf dem schnellsten Wege zur Nachenmarie. Die alte Jungfer hatte ihr Häuschen weit draussen vor dem Orte: Sie wohnte am "Stadtsee", einem ziemlich grossen Teich, auf dem im Sommer Ortseinwohner und Kurgäste gondelten. Sie hatte die Vermietung der Boote (in der süddeutschen Mundart: Nachen) übernommen. Daher ihr Beiname "Nachenmarie".

Dr. Gutmann kam alsbald auf den Zweck seines Besuches zu sprechen und machte der Frau heftige Vorwürfe. "Es ist geradezu gewissenlos von Ihnen, durch derartige Gaukeleien die Bevölkerung zu erregen. Wissen Sie, dass Sie dafür ins Gefängnis kommen, wenn ich Sie anzeige?"

"Ja", sagte sie hart, und ihr unrühiger Blick ging über ihn hinweg. "Aber ich kann doch nichts dafür, wenn ich so - nun, eben so bin!"

"Wie denn?" fragte der Doktor unwillig. "Sie glauben gar selber an Ihre vermeintlichen hellseherischen Fähigkeiten?"

Sie schwieg und zog sich gleichsam in sich selbst zurück, schloss sich gegen den Verhörenden ab, der den Schlüssel zu diesem sonderbaren Wesen suchte. Unerträglich war der Blick ihrer seltsam unruhigen und irren Augen. Der Arzt drang weiter in sie, bis sie ihm Aufschluss gab. "Wie es ist, kann ich Ihnen garnicht beschreiben", berichtete sie stockend. "Wie andre Leute die bevorstehende Wetterveränderung durch Schmerzen in den Gliedern fühlen, so fühle ich den bevorstehenden Tod eines Menschen - ich möchte sagen: in allen Körper- und Seelengliedern; im Blut, in meinem ganzen Sein."

"Eines bestimmten Menschen?"

"Manchmal. Ich sehe dann Gesichter im Traume, die ich, allerdings nur in seltenen Fällen, genau erkennen kann."

"Und jetzt, in den letzten Tagen, sahen Sie nun das Gesicht der - kranken Frau Zerreißen?" fragte Dr. Gutmann barsch und geradezu. Die Hellseherin hob wie flehend die Hände. "Nein, o nein", wehrte sie ab. "Ich kann es Ihnen nicht sagen". Und nach Sekunden bat sie gequält: "Lassen Sie mich! Gehen Sie jetzt! Bitte, gehen Sie!" - Der Arzt erschrak fast vor dem Ausdruck von Grauen und Verzweiflung in ihrem Gesicht. Er ging, und es war ihm wunderbar zumute. Noch lange nachher hatte er ein beklemmendes Gefühl in der Erinnerung an diese Begegnung. Er dachte oft darüber nach.

+ + +

Drei Tage später beerdigte man nicht Katharine Zerreißen (der es sogar unerwartet viel besser ging) sondern - die Nachenmarie. Sie wurde am Morgen nach der Begegnung mit dem Arzte tot aus dem Teiche herausgezogen. Man konnte nicht feststellen, ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorlag, oder ob sie in einem Anfall von geistiger Ummachtung ins Wasser gegangen war. Die Leute im Orte erzählen heute noch, nach einem Jahrzehnt, von der Nachenmarie, die ihren Bruder nie umsonst einen Sarg machen liess, und die jedermanns Tod mindestens zwei Tage vorher wusste. Sogar ihren eigenen, überraschend plötzlichen Tod.

Erich Kunter.

---

-----  
Andreastag.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Als in einer Jungmädchenklasse mitten aus tiefsinnigen philosophischen Erwägungen heraus der Lehrer die Frage stellte: "Welches also ist das grösste Rätsel, das trotz aller modernen Erkenntnis vor Ihnen liegt?", und dabei an das Rätsel des Lebens dachte, das die Gelehrten bis zum heutigen Tage noch nicht haben lösen können, da platzte ein frisches, junges Mädlein, das den tiefsinnigen Erörterungen nur mit halbem Ohre gefolgt war, eifrig heraus: "Nun das ist doch sicherlich die Ehe - denn, wenn man sich verheiratet, weiss man doch nie, wie sie wird!" - Das war zwar eine ziemlich unerwartete Antwort und trotzdem traf sie, gerade vom Standpunkt eines jungen Mädchens aus gesehen, den Nagel auf den Kopf.

Früher allerdings glaubte man dieses geheimnisvolle Rätsel sehr einfach lösen zu können, und auch heute noch bedient man sich auf dem Lande vielfach eines ganz besonderen Verfahrens, um herauszubekommen, ob und wann und wen man heiratet, und wie es in der Ehe werden wird. Wie das gemacht wird? Ja, wir in unsern Städten haben das freilich längst vergessen. Aber wir brauchen am 30. November nur in Gedanken hinauszuwandern in die kleinen abseits liegenden Orte, in die Gebirgsdörfer und die einsamen Höfe, um es zu

erfahren. Sobald es Abend geworden ist, beginnen seltsame Vorbereitungen, ein Raunen und Tuscheln unter den jungen Leuten setzt ein, eine grosse Schüssel Wasser wird vom Brunnen geholt und auf den Tisch gestellt. Der geheimnisvolle Zauber der Andreasnacht hat begonnen.

Die jungen Mädchen sind inzwischen eifrig damit beschäftigt, die sogenannten Nüpfchenpfennige zu verfertigen. Das sind wänzige kleine Schalen aus Staniol oder Papier; manchmal nimmt man auch einfache, sorgfältig gesäuberte Nusschalen, in die man ein Stückchen Papier legt, auf dem der Name des betreffenden jungen Mädchens oder des Mannes vermerkt wird. Un nun verfolgen scharfe junge Augen aufmerksam jede Bewegung der kleinen Lebensschiffe. Ein leichtes Rütteln am Tische genügt, um sie aus der Bahn zu bringen. Verstohlen bemüht sich jeder und jede, selbst ein wenig Vorsehung zu spielen und dem Schicksal einen leisen Wink zu geben. Denn das ist ausgemacht: Wenn zwei Nüpfchenpfennige am Andreasabend friedlich nebeneinander schwimmen, dann werden sie auch später Seite an Seite gemeinsamen Kurs steuern. Kein Wunder also, wenn die Stube von Geschrei und Gelächter und Zurufen widerhallt, zumal wenn das Schicksal widerborstig ist und die "richtigen" absolut nicht zusammenkommen lassen will.

Aber es gibt noch andre Arten, den Zukunftsschleier zu lüften. Ein Körbchen Aepfel wird herbeigeholt. Die Früchte werden geschält, und die Schalen wirft man hinter sich. Aus der Art, wie sie liegen, sind ohne Zwei die Anfangsbuchstaben des künftigen Erwählten zu erkennen. Sehr beliebt und bekannt ist heute auch noch das Pantoffelwerfen. Liegt der Schuh mit der Spitze nach der Stube zu, dann wird der Bräutigam im nächsten Jahre hier eintreten. Aber nicht nur die Tatsache, ob und wen man heiraten wird, sondern wie die Ehe sich gestalten mag, möchten die weiblichen Ehekandidaten wissen. Sobald die Nacht herankommt, schliesst man sich deshalb in die Schlafkammer ein, stellt zwei Becher, einen mit Wasser, einen mit Wein gefüllt, auf den Tisch und spricht:

Mein lieber Sankt Andreas!  
Lass doch vor mir erscheinen  
Den Herzallerliebsten meinen!  
Soll er mir werden reich,  
Schenkt er mir eine Kanne Wein,  
Soll er mir werden arm,  
So schenkt er mir eine Kanne Wasser."

Heiratet man im nächsten Jahre, so kommt der Bräutigam nun zur Türe herein, greift nach einem der Becher und trinkt ihn aus. Nach einer anderen Fassung zeigt sich der Bräutigam nicht leibhaftig, sondern erscheint im Traume. Bekannt ist überall auch die alte Sitte der jungen Mädchen, in der Andreasnacht zwischen 11 und 12 Uhr an einen Brunnen oder eine Quelle zu gehen und hineinzuschauen. Was sie darin erblicken? Nun, die Antwort liegt auf der Hand. Das Bild, das ihnen die weissagenden Kräfte des Wassers hervorzaubern, entspricht ganz ihren innersten Wünschen: Es ist der Geliebte, mit dem sie für immer vereint sein möchten.

In unsrer Zeit sind die alten Bräuche zum lustigen, neckischen Spiele herabgesunken. Die jungen Burschen und Mädcl auf dem Lande, die sie heute noch anwenden, sind nicht mehr, wie einst vor Jahrhunderten, mit ihnen als einem Teil ihrer bäuerlichen Kultur verwurzelt, sondern sie erinnern sich ihrer als einer heiteren Unterhaltung. Dass diese Bräuche sich überhaupt bis heute erhalten konnten, ist nur darauf zurückzuführen, dass nun einmal die Frage der Liebe und Ehe für die Jugend im Mittelpunkte steht, gleichgültig, welches Jahrhundert man schreibt.

Nun aber haben in unsern Tagen die Gelehrten ausgerechnet, dass es bald zu Ende sein müsse mit dem Frauenüberschuss. Alle jungen Mädchen brauchten in wenigen Jahren nur die Hand auszustrecken, um "an jedem Finger einen" zu

haben! Wieso? Nun, die Bekämpfung der Kindersterblichkeit beginnt langsam zu wirken, zumal da stets mehr Knaben als Mädchen geboren wurden. Die Statistik hat berechnet, dass schon für die heute zwölfjährigen Mädchen eine Männerüberschuss von 22 000 besteht, der sich immer mehr steigern wird! Im Jahre 1960 aber soll es eine Million Männer mehr geben als Frauen!

In dem Masse, wie die Statistik recht behalten wird, dürften sicherlich auch die letzten Bräuche des Andreastages, der seit Jahrhunderten vor allem der Tag der heiratslustigen jungen Mädchen war, verschwinden. Nicht mehr die heiratsfähigen Töchter, sondern die männlichen Heiratskandidaten, die zu einem gewissen Prozentsatz wohl oder übel Junggesellen bleiben müssen, werden sich dann die Frage zu stellen haben: "Hm! Ich werde doch nicht ausgerechnet unter der ominösen Million sein und - sitzen bleiben?"

-m.

-----  
X  
Das aufregende Buch.  
-----

SPD. Es war einmal ein Schmutz- und =Schundler, der kramte und schnüffelte in allen Bücherprospekten und Katalogen, im geheimen Wunsche, einmal ein Werk zu finden, das er obszön und anstössig genug fände, dass es für eine Eingabe an den Staatsanwalt oder zumindest an die Schmutz- und =Schundstelle geeignet erschiene. Und er suchte und suchte und fand. Schillers "Venuswagen" erschien ihm im höchsten Grade unanständig; Goethe war viel zu frei; überhaupt die ganzen Stürmer und Dränger! An die Bibel wagte er sich nicht.

Da fand er eines Abends in einem Magazin ein Inserat: "Was muss die Frau in der Ehe können?" Das Buch für jede Frau. Ein grundlegendes Werk, das auch Sie interessieren muss. Schreiben Sie sofort an den Feinschmecker-Verlag! Preis des Werkes, mit 76 photographischen Illustrationen, in Leinen 12 Mark.

Der Schmutz- und =Schundler frohlockte: das war eine Gelegenheit für ihn! Ein solches Ehebuch - mit 76 Illustrationen - das war im vorhinein für den Staatsanwalt prädestiniert.

12 Mark waren viel Geld, aber schliesslich war es das Geld wert. Nicht nur, dass man ein zweifelsohne höchst unanständiges Buch bekam: man sah 76 Photographien, und schon bei dem Gedanken an die Möglichkeiten jener Darstellungen nahm der Retter des Nichtschundes und Nichtschmutzes Anstoss.

Stracks eilte er nach dem Postamt, zahlte 12 Mark ein und bestellte das grundlegende Werk. Er war mit sich selbst zufrieden; diese Schmutzautoren mussten gerechter Bestrafung anheimfallen, und auch auf ihn, den sittlich aufs tiefste verletzten und empörten Nebenkläger, fiel ein Abglanz des Ruhmes, die heiligsten Güter der Nation verteidigt zu haben. Drei Tage wartete er auf das Eintreffen des Werkes. Es kam. Und der Schmutz- und =Schundler war noch viel tiefer empört und nahm noch viel heftiger Anstoss, als sich seine phantastischsten Erwartungen das ausgemalt hatten: jenes obszöne, widerliche, unmoralische, auf die rohesten, gemeinsten und finstersten Instinkte der Menschheit spekulierende Werk war - ein ausgezeichnetes Kochbuch!

Peter Omm.

-----  
SPD. Peinliche Erinnerung.<sup>X</sup> "Famos, Sie einmal wiederzusehen! Ich besinne mich noch darauf, wie Sie ein kleines Mädchen waren. Ihre Eltern hatten eine Hundeschlächtere." "

"Richtig! Und Ihre Eltern waren unsre besten Kunden."